

Breslauer



Zeitung

N^o 65.

Freitag den 5. März

1852.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Kammervorhandlungen.) — (Aus der zweiten Kammer.) — (Der Gesetzentwurf, betreffend die Er-
werbung der nieder-schlesisch-märkischen Eisenbahn.) — (Bankwesen und Kredit-Institute. Die parlamentarische Parteigruppierung.) — (Zur Tages-Chronik.) — (Parlamentarisches.) — (Zu-
sammenhang.) — **Deutschland.** Dresden. (Beantwortung einer Interpellation in Bezug auf den Zollverein und die deutsche Flotte.) — München. (Dreijährige Finanzperiode.) —
Euremburg. (Erkommunikation.) — Wiesbaden. (Nothstand. Turnvereine.) — Kassel. (Maßregel in Bezug auf den Nothstand.) — Hannover. (Oldenburg unterzeichnet den Anschluß
an den Septembervvertrag. Bürgerwehrfest.) — Bremen. (Warnung.) — Hamburg. (Schleswig-Holsteinsches.) — **Oesterreich.** Wien. (Die Landstände Oesterreichs.) — (Der Gemeinde-
rath will abtreten.) — **Italien.** Rom. (Entdeckung eines schrecklichen Komplotts.) — (Orion.) — **Frankreich.** Paris. (Tagesbericht.) — **Rußland.** Kalkisch. (Uebungslager.) —
Osmantisches Reich. Bosnien. (Entwaffnung der Rajahs. Militärische Bewegung.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Die Ressource junger Kaufleute.) — (Hoftag der Silesia.)
— Oberschlesien. (Geselliges Leben. Straßenbauten. Bodenkultur.) — Hirschberg. (Gewerbeverein. Flachsbereitungsanstalt. Spinnhülle. Papierfabrik. Maschinenbau.) — Liegnitz. (Unter-
drückte Feuer. Diebstahl. Gemeinderath.) — Aus dem trebnitzer Kreise. (Versehung.) — **Wissenschaft, Kunst und Literatur.** (Literarische und Kunst-Notizen.) — (Die mozarabische
Liturgie.) — **Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.** (Die Schwurgerichte und ihre Gegner.) — Berlin. (Gerichtliche Entscheidungen.) — (Den Verlag von Kirchengesang-
büchern betreffend.) — (Amtliche Verfügungen und Bekanntmachungen.) — **Handel, Gewerbe und Ackerbau.** (Industrielle und landwirthschaftliche Notizen.) — Breslau. (Zur Industrie-
Ausstellung.) — (Produktenmarkt.) — (Berliner und seltener Markt.) — **Mannigfaltiges.** — **Eisenbahn-Zeitung.**

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 3. März. Bis jetzt sind 6 Regierungs-Kandidaten gewählt. —
In den Departements fällt die Wahl durchgängig regierungsgünstig aus.

London, 3. März. Die *Anti cornlaw league* ist rekonstituiert;
energische Beschlüsse wurden gefaßt. Eine Petition wegen Parlamentsauf-
lösung ist in Umlauf gesetzt. Die Subscriptions-Eröffnung hat Erfolg.

Telegraphische Nachrichten.

Turin, 29. Februar. Die „Gazetta piemontese“ meldet den Austritt
Deforesta's. Das Departement der auswärtigen Angelegenheiten erhält Gal-
vagno, (an d'Azeglio's Stelle), bisher Minister des Innern, welcher durch
Bernati ersetzt wird. Graf Cavour übernimmt definitiv die Finanzen. Ma-
rine, Ackerbau, Handel, werden andern Ministern zugewiesen. Diese Kabi-
netsmodifikation soll im konservativen Sinne erfolgt sein.

Genua, 28. Februar. Dem Vernehmen nach sind zu Sassari auf der
Insel Sardinien ernsthafteste Konflikte vorgekommen. Das Maskenverbot gab
den Anlaß dazu. Ein Streit, der sich in einer Osteria entspann, führte zu
einem Kampfe in der Straße, worin die Nationalgarde gegen die königliche
Kavallerie Partei nahm. — In Cagliari soll das Maskenverbot zurückge-
nommen worden sein, weil darüber auch dort Konflikte entstanden waren.

Breslau, 4. März. [Zur Situation.] Die Neubildung der ersten Kammer
ist immer noch Gegenstand der Konferenz zwischen dem Hofe und den parlamentari-
schen Führern der ersten Kammer; doch scheinen die über das Ergebnis der Konferen-
zen umlaufenden Gerüchte keinen sichern Boden zu haben. Wie die N. Pr. Ztg.
versichern zu dürfen glaubt, würde sich die Diskussion im Pleno hauptsächlich um den
Koppe'schen Antrag: „Die erste Kammer besteht aus Mitgliedern, welche der König
aus dem größeren Grundbesitze, aus den größeren Städten und aus den Landes-Universitäts-
ten beruft“, drehen.

Uebrigens wird uns versichert, daß ebensowohl hinsichtlich dieser Frage, als der sich
überstürzenden Revisionsanträge in der zweiten Kammer auf keine sonderliche Geneigt-
heit selbst bei der, den Ausschlag gebenden Seppert-Bodelschwingschen Partei zu rech-
nen ist. Freilich scheint eine vollständige Zerfetzung dieser Partei bevorzustehen, da der
Theil derselben, welcher vorzugsweise zu v. Bodelschwings hält, seit einiger Zeit als un-
bedingt ministeriell gelten kann.

In Betreff des von der Regierung eingebrachten Gesetz-Entwurfs wegen der Kun-
stschätzungssteuer verweisen wir auf unsere berliner +++ Correspondenz.

Von eben daher wird uns berichtet, daß die Ausschreiben, durch welche die Zoll-
und Steuervereins-Staaten zur Beschiedung der auf den 28. d. M. festgestellten Zoll-
vereinskonferenz eingeladen werden, bereits an die betreffenden Regierungen expedirt
worden sind. Auch versichert die Sp. Ztg., daß die meisten Abgeordneten der deut-
schen Staaten, welche gegenwärtig den Zollverhandlungen in Wien beizuhelfen, auch als
Vertreter ihrer Regierungen beim berliner Kongreß erscheinen würden; dagegen bestreitet
das C. B. unbedingt die von wiener Blättern gegebene Nachricht, daß man preu-
ßischer Seite die Betheiligung Oesterreichs an diesem Kongreß als „wünschenswert“
bezeichnet habe.

Die Auspicien für diesen Kongreß sollen übrigens nach Behauptung des C. B.
immer günstiger sich gestalten. Es meint, Oesterreich werde sich begnügen müssen,
denselben abzuwarten und dann erst seine Pläne wieder aufnehmen können. Nur
Sachsen scheint noch von der wiener Konferenz Früchte zu erwarten. Diese beden-
liche Handelspolitik der sächsischen Regierung — sagt das C. B. — erregt in dem
Landes- und gewerbschätigen Lande die größten Befürchtungen. — Man kennt die
Erwartungen, den praktischen Nutzen des Zollvereins zu wohl, um mit irgend welcher
Hoffnung auf die Theilnahme an Experimenten zu sehen, die, ohne die Abzugskanäle
für die sächsische Industrie zu erweitern, dem Handel jedenfalls gefährliche Beschrän-
kungen auferlegen. — Die Messstadt Leipzig hat den meisten Grund für ihre Welt-
stellung, die sie bei einem Austritt Sachsens aus dem Zollverein jedenfalls bald mit
einem neuen preussischen Messplaze theilen würde, zu fürchten. — Wenige Jahrzehnte

einer derartig verfehlten Handelspolitik werden die stolze Handelsstadt auf das beschei-
dene Niveau einer Ackerbürgerstadt zurückführen. Und was mit der sächsischen Industrie,
dem Norden entfremdet, ohne einen Messplaz von Leipzigs jetziger Bedeutung? — Die
meist einem mäßigen Schutzollsystem zugethanen Industriellen des sächsischen Erzge-
birges haben klaren Blick genug die Hoffnungen, die man ihnen öfter. Seits entge-
genträgt, als Chimären zu behandeln. Sie wissen wohl, was eine mehr als 20prozentige
Differenz zwischen Silber und Papier zu sagen hat und die Erfahrung hat ihnen
gezeigt, daß, wie die österreichische Zollverwaltung einmal ist, bei der Besteuerung nach
dem Werthe der Einfuhr in den Kaiserstaat früher durch Untersteckerei manches Ge-
schäft ermöglicht wurde, das jetzt bei der Steuer pro Zentner ausgeschlossen ist. Der
Absatz nach Oesterreich bleibt verschlossen, und wenn die Zollverwaltung eine bessere ge-
worden ist, dann sicher heut noch mehr als früher! — Von diesen Gesichtspunkten
ausgehend bereitet sich im Königreich Sachsen Seitens des Handelsstandes wie der In-
dustriellen eine überaus ernste und lebhafteste Agitation gegen den Anschluß des Königs-
reichs an die österreichischen Zolls- und Handelsprojekte vor. — Das Festhalten an dem
Zollvereine ist das erste Verlangen, der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen
Oesterreich und dem restaurirten Zollvereine, ein Wunsch, auf dessen baldige Realisirung
man sich in Sachsen jedoch wenig Hoffnung macht.

Uebrigens erfahren wir heut, daß nicht die weimarsche Regierung den Impuls
dazu gegeben hat, die Erhebung der Eingangszölle auf Cerealien für einige Monate
einzustellen, sondern die großherzoglich hessische Regierung.

Die N. Pr. Ztg. bezeichnet heut als die Basis der Unterhandlungen zwischen dem
dänischen Gesandten Herrn v. Bülow und dem Herzog v. Augustenburg folgende Punkte:
Entsagung des Herzogs auf die Erbfolge in Holstein-Schleswig, die Veräußerung seiner
innerhalb der dänischen Monarchie gelegenen Besitzungen und die Verpflichtung, für
sich und seine Nachkommen dänisches Gebiet nicht zu betreten.

Die Erbfolge des Herzogs Christian von Holstein-Glücksburg dürfte bereits die vor-
läufige Zustimmung der sämtlichen europäischen Mächte haben; dagegen bezweifelt die
N. Pr. Z. sehr bestimmt, daß die Regulirung der dänischen Erbfolgefrage in Berlin
zur Entscheidung kommen sollte.

Aus Paris und London fehlen uns heut unsre gewöhnlichen Korrespondenzen.
Telegraphisch ist die Wahl Cavaignacs in Paris gemeldet worden; ein Beweis,
daß Paris immer unberechenbar bleibt.

Preußen.

Berlin, 3. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst ge-
ruht: dem Amtsrath Engelbrecht zu Dalheim, Regierungs-Bezirk Minden, dem
Titular-Postmeister Pöhle zu Pfordten und dem Ober-Steuer-Kontrolleur, Steuer-In-
spektor Schnell in Marienburg, den rothen Adlerorden vierter Klasse; so wie dem
Premier-Lieutenant a. D. und Kammerherrn von Jordan zu Ober-Neundorf bei
Görz, den St. Johannis-Orden zu verleihen; und den Stadtgerichts-Rath Hell-
wich hieselbst zum Rath beim Appellationsgericht zu Ratibor zu ernennen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. Sitzung vom 3. März.

Vorsitzender: Graf v. Rittberg. Am Ministertische: v. Kaumer, v. Westphalen, als Reg.-
Komm. v. Klitzow, v. Bodelschwings.

Das Protokoll wird vorgelesen und genehmigt.
Der Abg. Mägle bringt den Antrag ein, die Berathung über die Hefster-Alvensleben'schen
Anträge, wegen Neubildung der ersten Kammer morgen auf die Tagesordnung zu setzen; der
Vorsitzende erklärt dieses Verfahren für eine Verletzung der Geschäftsordnung. Nachdem sich
Stahl, Brüggemann gegen, Mathis, Herrmann für den Antrag ausgesprochen, zieht der Abg.
Mägle, durch die Erklärung des Vors., er werde nach Beendigung der vorliegenden Berathung
die Anträge wegen Neubildung der ersten Kammer zur Diskussion bringen“, zurück, und zieht
seinen Antrag zurück. Der in der gestrigen Sitzung eingegangene und angenommene Verbesserungs-
antrag des Abg. v. Gerlach zu § 52 und 64 des Gesetzentwurfs, über die Landgem.-Ordnung
der 6 bsl. Provinzen, kommt zur nochmaligen Abstimmung, nachdem v. Vinde noch einmal ge-
gen, und Graf Zgenpliz für denselben das Wort ergriffen. Graf Zgenpliz: Wenn ich auch
nicht die Sentenzen des Abg. v. Gerlach überall theile, welche mehr für die Zeitungen und für
das größere Publikum, als für und berechnet sind, weshalb es besser wäre, wenn sie gleich den
Zeitungen überliefert werden — so hat er doch hierbei vollkommen Recht, und ich wünsche nicht,
daß dieses wegen der dargelegten Sentenzen geschildert würde. Der Verb.-Antrag wird bei der
heutigen namentlichen Abstimmung mit 61 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Es entsteht darauf
eine Diskussion über die Frage, ob nun über die Paragraphen, welche mit dem v. Gerlach'schen

Zufüge gestern angenommen wurden, heute, da dieser Zufuß gefallen ist, nochmals abzustimmen ist oder nicht; bejahend sprechen sich Rister, Straß, Brüggemann, v. Zepplitz, von Meding, v. Zander und der Präsident aus. Die Kammer entscheidet sich für die nochmalige Abstimmung über die Paragraphen, dieselben werden mit 71 gegen 57 Stimmen heute wiederum angenommen. Den zweiten Teil der Tagesordnung bildet der Bericht über die Hauptgrundstücke für die Landgem.-Ord. in der Provinz Westfalen. Der Abg. v. Bethmann-Hollweg reicht den Antrag ein, die Reg.-Vorlagen, betreffend die Verfassung der Landgemeinden in der Provinz Westfalen zurückzulegen, und die Gem.-Ord. vom 11. März vorläufig für diese Provinz, zu belassen. Der Minister des Innern: Diefem Antrage stehen die Beschlüsse des hohen Hauses entgegen, das hohe Haus hat das Gesetz, betreffend den Erlass einer speziellen Landgem.-Ord. für jede Provinz; ferner hat das hohe Haus die Städte-Ord. für die 6 östl. Provinzen mit Einschluß von Westfalen angenommen, die Diskussion dieses Antrages des Abg. v. Bethmann-Hollweg halte ich also nicht mehr für zulässig. Rister hält den Antrag wohl für zulässig, und v. Camphausen bestreitet, daß die Annahme des Antrages einen Uebergang zur Tagesordnung über die Reg.-Vorlagen in sich schließt, da es sich hier nur um einen suspensiven Schluß handle. Nach einigen weiteren Bemerkungen erklärt sich die Kammer für die Zulässigkeit dieses Antrages — gleichzeitig mit der Reg.-Vorlage — zur General-Diskussion. v. Bethmann-Hollweg motiviert seinen Antrag nicht aus materieller Vorliebe für die Gem.-Ord. von 1850. In der Rheinprovinz werde der Wechsel der Gesetzgebung viel härter beurtheilt, und diese Achtung vor dem bestehenden Gesetz muß geschont werden. Die Provinz soll nur eine Veränderung, welcher sie sich vor 2 Jahren willig unterzog, lediglich deshalb aufgeben, weil sie für die östl. Provinzen nicht paßt. Bei solchem Wechsel leidet auch die Achtung vor der Regierung; weil sich nicht hindern läßt, daß ungegründete Vermuthungen über die Motive der Regierung Platz greifen. — Der Redner greift darauf die Provinziallandtage an, und nennt deren Vorschläge zu ihrer Umbildung „abenteuerlich“; er ist der Ansicht, die Reg. werde gern auf die Gem.-Ord., wenn es die Kammer wünscht, eintreten; schließlich zeigt der Redner die Unschlüssigkeit der von ihm vorgeschlagenen Maßregel. Der Reg.-Komm.: Je länger ein Zerwürfnißprozeß dauert, desto gefährlicher wird er; da wir nun das Bedürfnis empfinden, so müssen wir mit der Veränderung baldigst vorgehen. Die Regierung hat an die bewährten Grundlagen von 41 und 45 angeknüpft, da die Gem.-Ordnung von 1850 keineswegs den Verhältnissen der Rheinprovinz entspricht, so z. B. die Kollegialbestimmungen dieses Gem.-Gesetzes. Darauf verteidigt der Regierungskommissar die Provinzial-Landtage gegen die Vorwürfe des Redners. Herberz: Die sämtlichen Abgeordneten der Rheinprovinz, mit Ausnahme eines, der daselbst nicht wohnt, die Verhältnisse also nicht kennt, haben der Kammer wiederholt gesagt, daß die Gem.-Ord. vom Jahre 1850 mit Freude in der Rheinprovinz begrüßt worden. Außerdem sind der Kammer von vielen Städten, vornämlich Krefeld, Köln, Petitionen um Beibehaltung der Gem.-Ord. zugegangen. Meine Herren, glauben Sie diesen Ausprüchen mehr als den des Provinzial-Landtages, welcher am Rhein darnach angethan ist, einen Stand zu schaffen, welcher dort nicht existirt. Letzte spricht für den Antrag v. Bethmann-Hollweg. Der Minister des Innern: Die Gem.-Ord. vom März 1850 kam ohne die Vorarbeiten an, welche die provinziellen Eigentümlichkeiten erforderten; so stellt sich denn hier die Frage, ob es besser zu dem Gesetze, welches 1845 gegeben, vorzugsweise auf langjährigen praktischen Erfahrungen der dortigen Behörden beruhte — ich kenne kein gründlicheres Gesetz der neuen Gesetzgebung als dieses — zurückzukehren, oder die Gem.-Ord. von 1850 bestehen zu lassen. — Die Gem.-Verwaltung der Rheinprovinz unterscheidet sich wesentlich durch die Größe und Wohlhabenheit des Gem.-Grundbesitzes — von den anderen Provinzen — die in der Gemeinde-Ordnung festgestellten Befugnisse des Gemeinde-Vorstandes geben für die Rheinprovinz zu weit, dort kann nach diesen derselbe in einer Art schädlich werden, wie sonst nirgends, so daß eine Beschränkung dieser Befugnisse wesentlich notwendig ist. Einen gleichen Mangel begründen daselbst die Wahlen, es sind Leute gewählt worden, wo die Regierung die Befähigung verlagern mußte und wenn dies auch nicht vorkäme, wird der gewählte Bürgermeister eben so treu und fest sein Amt verwalten können, wie der von der Regierung ernannte? Wenn nun diese Mängel in der Gemeinde-Ordnung von 1850 sich herausstellen, so ist es doch entschieden besser, daß man sie abschafft und auf den konservativen Grundlagen von 1845 fortbaut. Diese Ansichten haben mich entschieden, die betreffende Vorlage zu machen; ich empfehle dieselbe. Rister stimmt in Allem dem Abg. v. Bethmann-Hollweg bei und weist nach, daß in Bezug auf die vom Minister des Innern hervorgehobenen Mängel gar keine wesentliche Aenderung in der Reg.-Vorlage enthalten, daß diese also keineswegs die Vorlage begründen können. Camphausen erwähnt zunächst, daß die Rechte sich an der heutigen Diskussion betheiligen. Was die Vorlagen betrifft, so sind es nicht die provinziellen Eigentümlichkeiten, es ist die ständische Gliederung, welche erstrebt werde. In Bezug auf die Eigentümlichkeiten, so erinnere ich, daß die Kammer, als der Minister des Innern mit großer Emschale zum ersten Male auf eine solche Eigentümlichkeit Westfalens hinwies, die Kammer sich mit bedeutender Majorität gegen diese Ansicht aussprach. Der rheinische Landtag hat sich, wenn auch nicht befragt, gegen die Bevorzugung von Rittergütern ausgesprochen und die Kommission schlägt nun das Vorrecht der Rittergutsbesitzer als Definitivum vor, die Berücksichtigung anderer Stände soll der speziellen Gesetzgebung überlassen sein. Der Minister des Innern widerlegt die der Reg.-Vorlage gemachten Vorwürfe und empfiehlt wiederum und eindringlich die Annahme der Vorlage. Zum Schluß der General-Diskussion verteidigt der Berichterstatter v. Düesberg den Kommissionsbericht. Der Präsident erklärt, ihm schiene zweckmäßig, jetzt speziell auf die Reg.-Vorlage einzugehen, bevor über das Bethmannsche Amendement abgestimmt werde. v. Bethmann-Hollweg erklärt sich entschieden gegen diese Ansicht, der Reg.-Komm. und v. Meding dafür. Bei der Abstimmung wird die Abstimmung nach der Spezial-Debatte genehmigt. Nächste Sitzung Abends 6 Uhr.

Zweite Kammer. Sitzung vom 3. März.

Präsident Gr. Schwerin. Bürgers beantragt, daß am Schluß der Diskussion des Gesetzes über die Schwurgerichte die Zufüge der Kommission als Ganzes zur Abstimmung gebracht werden. Der Präsident ist derselben Meinung. Der Berichterstatter Breithaupt erklärt sich gegen dieselbe. Der Justizminister schlägt vor, die Beschlussnahme bis nach Schluß der Diskussion auszuheben. Wenzel beantragt einen Zusatz, wonach die Gerichte durch Plenarbeschluss die Voruntersuchung anordnen haben. Hartmann und Büchemann erklären sich gegen diesen Vorschlag, weil er aus der revolutionären Gesetzgebung Frankreichs entnommen sei. — Bürgers: Der Vorschlag rühmt aus dem Jahre 1810 her, wo die französische Gesetzgebung bekanntlich nicht in Händen lag, welche der Regierung Schwierigkeiten bereiten wollten. Das Institut der Staatsanwälte ist ein französisches. Hat man sich nicht gekümmert, es ganz herüber zu nehmen, so muß man auch die Garantie gegen dieses Institut nicht abweisen. — Reg.-Komm. geh. R. Grimm erklärt sich gegen den Zusatz. Derselbe sei von Napoleon selbst angeordnet. Seine Motive ergeben, daß er verbinden wollte, daß Staatsanwälte gegen die Absicht des Kaisers Verfolgungen unterlassen. Diese Gründe bestehen bei uns nicht; umgekehrt können bei uns Eingriffe in die Rechte der Regierung dadurch herbeigeführt werden, indem gegen den Willen der Regierung Untersuchungen eingeleitet werden könnten. Napoleon hatte dies allerdings nicht zu fürchten, da seine Richter erst nach 3jähriger Dienstzeit die Unabsetzbarkeit erlangten. Es gebe zahlreiche Fälle, in welchen es der politischen Erwägung, die auf dem Standpunkte der Appellationsgerichte nicht zulässig sei, überlassen bleiben müsse, ob eine Verfolgung eingeleitet werden solle. Das gelte namentlich von Verbrechen, die im Auslande oder gegen das Ausland begangen worden sind. — Reichensperger hält den Zusatz im Interesse der Regierung für annehmbar; er gebe ihr in den Gerichten eine absolute Deckung. Auch erachtet er es angemessen, die Kriminaljustiz im Allgemeinen von den Appellationsgerichten respektieren zu lassen. Die Ansicht der Gerichte werde die Gefahr beseitigen, die in dem Vorschlage allerdings gefunden werden könnte. Er macht den Antrag: daß die Gerichte verpflichtet seien, vor Anordnung des Verfahrens die Staatsanwälte zu hören. — Reg.-Komm. macht wiederholt auf die erforderliche Würdigung der politischen Momente aufmerksam. — Wenzel erklärt sich mit dem Reichenspergerschen Vorschlage einverstanden und verwahrt sich gegen die Annahme, als enthalte sein Antrag ein Mißtrauen gegen die Staatsanwaltschaft. — Bremser bemerkt, daß bei politischen und Preßvergehen die Nothwendigkeit des Zusatzes einleuchte. Ein Provinzialblatt habe sich über den Konstitutionalismus in einer Weise ausgesprochen, daß alle Welt erstaunt gewesen sei, die Staatsanwaltschaft untätig zu finden. — Der Justizminister bemerkt: der Fall sei ihm unbekannt und er müsse sich wundern, daß Niemand sich gefunden habe, der das Einschreiten der Staatsanwaltschaft herbeigeführt hätte. Aus der Verordnung vom 3. Januar 1849 gehe gerade hervor, daß die Verordnung des Gegenheil vom Zusatz festsetze. — Wenzel: Wenn der Vorschlag etwas festsetzt, was dem Institut der Staats-

anwaltschaft ursprünglich angehört, so kann der behauptete Widerspruch unmöglich vorhanden sein. — Der Justizminister: Der § 4 des Strafgesetzbuches überläßt wegen der Verbrechen im Auslande die Untersuchung dem Erweisen in der Voraussetzung der bisherigen Organisation; fällt diese Voraussetzung durch Annahme des Zusatzes fort, so fehlt es für die Kommissionen in solchen Fällen an einem Mittel, sie zu lösen. Hierauf wird der Verbesserungsvorschlag von Wenzel's Amendement von Reichensperger sub I. angenommen, der Wenzelsche Antrag sub I aber abgelehnt. — Reichensperger spricht sodann für seinen Antrag sub II, der eine bloße Statutur betrifft, aber zum äußern Forum gehört, worauf man in Deutschland bei der Justiz viel zu wenig Gewicht legt. Auf die Gegenbemerkung des Justizministers wird der Antrag indeß zurückgezogen. — Wenzel für seinen Antrag sub II: die drei ersten Alinea der Kommissionsvorschläge zu streichen und wird von Wenzel unterstützt, wegen der Reg.-Kommissar und Geppert für die Annahme des § 1 der Kommissions-Zufüge, betreffend die erweiterten Befugnisse der Staatsanwaltschaft, sprechen, welche auch in allen Abschnitten erfolgt. — Art. 2 bis 13 der Kommissions-Zufüge handelt über die Kompetenz der Gerichte. Von Wenzel und Geppert sind dazu 8 abändernde Anträge gestellt worden, sowohl auf Aenderungen einzelner Abschnitte, als auch des ganzen Inhalts betreffender §§, so wie auch auf Streichung einzelner Abschnitte und des ganzen § 8. Die Begründung und Vertbeidigung dieser Anträge geschah durch Wenzel und Geppert, die Bekämpfung und Widerlegung durch Geppert, den Reichensperger, Breithaupt (Wittstock) und den Reg.-Kommissar Grimm. Die Wenzelschen Anträge bis § 6 incl. mit Ausnahme eines einzigen der ersten Art, sämtlich verworfen, die Zufußparagrafen 1-6 der Kommission dagegen angenommen. Bei § 7 wird die Debatte auf den Vorschlag des Präsidenten nach dem Vortrage von Bürgers für die Wenzelsche Fassung dieses Artikels — verlag auf Freitag 12 Uhr. (Schluß der Sitzung 4 Uhr.)

+++ Berlin, 3. März. [Aus der zweiten Kammer.] Das erste Zeichen ist erschienen, der Finanzminister hat heute den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Rübensteuer von 3 Sgr. auf 4½ eingebracht, nebst der tröstlichen Aussicht, daß demnächst 6 Sgr., also das Doppelte erhoben werden solle. Wir können dieses Verfahren nicht billigen. Ohne zu untersuchen, ob die Zuckerfabriken Schutz bedürfen oder zu viel verdienen, halten wir uns an die einfache Thatsache, daß die Steuer bis 1833 auf 3 Sgr. gesetzlich festgestellt ist, und darauf fußend haben die Unternehmer ihren Betrieb eingerichtet, Pachtkontrakte geschlossen, Neubauten ausgeführt und andere Anschaffungen und Vorkehrungen getroffen. Wenn Gesetze nicht 2 Jahre bestehen, welche Bürgschaft bleibt dem Gewerbe und seinen Kapitalien? Die Folgen der Maßregel werden sein, daß das Gewerbe stockt, die Landrenten fallen und jenseits der Grenze, z. B. in Polen, die Konkurrenz sich mächtig erhebt. Wen aber trifft die höhere Besteuerung? Antwort: Schlesien und Sachsen! Abermals ein handgreiflicher Beweis, daß Bürger und Bauer wohlthun, Abgeordnete zu wählen, welche die provinziellen Interessen genau kennen und dem Fiskus gegenüber unabhängig vertreten. Ursprünglich war der Zuckerzoll ein rein fiskalischer, auf einem Produkte ruhend, welches im Inlande nicht erzeugt wurde, man ahnete nicht, daß der Keim, welchen Natur treu genährt, einst zur riesenhaften, naturwüchsigen Industrie emporwachsen könnte. Unter dem bewilligten Schutze entwickelte sich das Gewerbe zum wichtigsten ländlichen Industriezweige, und es war alle Aussicht vorhanden, daß durch die Vereinfachung des Verfahrens die Rohzuckererzeugung in die Hände der kleineren Grundbesitzer übergehen werde. Die Konsumenten klagen, daß aus ihrer Tasche der Schatz flösse, und eine allmähliche Gleichstellung mit dem Auslande dürfte begehrt werden, entweder durch Ermäßigung der Eingangssteuer oder durch Erhöhung der Rübensteuer; die Regierung wählte den letzteren Weg und erdrückt dadurch den kleinen Betrieb. Hier ein Beispiel. Einige Besitzer vereinigen sich, um für eine einfache Anlage auf Rohzucker 600 Morgen Rüben zu bauen, die höchstens 100,000 Centner Rüben liefern; davon beträgt die künftig verheißene Steuer à 6 Sgr. 20,000 Thlr., und eine solche Vermehrung des Betriebskapitals fällt den Leuten unmöglich. Acker, Dünger, Gespann und Arbeitskräfte kann das Dorf stellen, allein nicht solche Summen. Der angebliche Steuerkredit hilft nicht aus, er deckt nur die Fabrikationszeit, sowie die Waare in den Handel kommt, muß der Verkäufer zahlen. Nun tritt aber der unerhörte Fall ein, daß, während die Fabrik für 20,000 Thlr. Rüben verarbeitet, sie gleichzeitig für 20,000 Thlr. Steuern ohne irgend eine Entschädigung für Verluste und Kosten übernehmen und ausbringen muß! Mit einem Wort, das Etablissement wird unbezahlter Steuerempfänger des Staats; die Verwertung der Arbeit und des Bodens erfordert zu viel baare Kapital, und das Geschäft des kleinen Mannes erliegt. Bei Herabsetzung der Eingangssteuer stellte die Rechnung sich ungleich günstiger.

Der große Uebelstand beruht darin, daß man ein durchaus naturwüchsiges Erzeugniß des Inlandes einem Finanzzolle von 100 pCt. des Werthes des Rohstoffes unterwirft und so die freie Entwicklung erstickt. Franklin sagte: „Kaufe Alles, was du bedarfst, und du wirst bald verkaufen müssen, was du hast!“ Der Satz gilt auch für Nationen.

Wir sind keine Anhänger hoher bleibender Schutzzölle, allein wir fordern, daß man alle natürlichen Quellen des einheimischen Gewerbefleißes aufsuche und eröffne, damit sie das ganze Land befruchten; solche Erfolge erringt man, der Konkurrenz gegenüber, nie ohne Anstrengungen und Opfer. Das heutige System taugt nicht für das Wohlfinden der Massen. Anstatt eine Menge Anlagen von mittlerem Umfange nach allen Seiten hin zu verbreiten, konzentriert sich Alles in wenige große Etablissements; die Arbeit erliegt dem Kapital!

= Berlin, 3. März. [Der Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbung der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn.] Seitens der königlichen Staatsregierung ist bekanntlich den Kammern ein Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbung der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn für den Staat zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vorgelegt worden. Der Gesetzentwurf wird durch eine Denkschrift begleitet, aus der ich bei dem besondern Interesse an der Sache Seitens Ihrer Provinz hier Einiges mittheile.

Das gesammte Anlagekapital an Stammaktien und Anleihen beträgt 20,975,000 Thlr., von welcher Summe indessen die neueste Anleihe (5 procentige Prioritäts-Obligationen bis zur Höhe von 1 Mill. vom Jahre 1851) nur zum Theil zur Vorauszahlung gelangt ist. Der Staat hat sich bei dem Unternehmen von vorn herein durch die Uebernahme eines Siebentheils des Stamm-Aktien-Kapitals, also durch die Annahme von 1,437,500 Thlr. Aktien und durch die Garantie eines Zinsgenußes von 3½ pCt. für das Stammaktien-Kapital betheiliget. Dagegen behielt sich der Staat vor, für den Fall, daß der Reinertrag mehr als 5 pCt. des Aktienkapitals betragen sollte, ¼ der überschüssenden Dividende zur Ausgleichung etwaiger Zinszuschüsse oder zum Ankaufe von Aktien nach dem Tageskurse zu verwenden. Ferner wurde, um den vereinfachten Uebergang der Bahn an den Staat herbeizuführen, eine Amortisation der Privataktien durch allmähliche Einlösung nach dem Nennwerthe angeordnet, zu welcher jährlich ein halbes Prozent des Aktienkapitals aus den Zinsen, welche auf das vom Staate über-

nommene Siebentel der Aktien fallen, und die $3\frac{1}{2}$ prozentigen Zinsen der durch Amortisation eingelösten Aktien verwendet werden. Bis zum Schlusse des J. 1851 ist von den Stammaktien bereits die Summe von 210,700 Thlr. amortisirt, so daß einschließlich des ursprünglichen Staatsantheils an dem Aktienkapital noch für 8,351,800 Thlr. Stammaktien in den Händen von Privatpersonen sich befinden.

Ueberhaupt in den Händen von Privaten befinden sich 19,208,838 Thlr. Anlagekapital, wovon der oben angegebene Betrag in Stammaktien und der Rest in Anleihen. Nach Bestimmung des Gesellschaftsstatuts ist dem Staate die Befugniß zugetheilt, wenn er in drei auf ein anderfolgenden Jahren einen Zuschuß zu leisten genöthigt sei, oder der Zuschuß in einem Jahre mehr als ein Prozent des Aktienkapitals betrage, die Administration der Bahn und des Betriebes seinerseits zu übernehmen. Das Ergebniß des ersten vollen Betriebsjahres, des Jahres 1848, war ein so ungünstiges, daß der Staat genöthigt war, einen Zuschuß zum vollen Betrage von $3\frac{1}{2}$ pCt. des Gesamt-Aktienkapitals mit 350,000 Thlr. zu leisten, indem die Einnahmen nur hinreichten, die Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten zu decken und die geringe Summe von etwas über 21,000 Thlr. zum Reservefonds zurückzulegen. Die Staatsregierung fand sich deshalb, und da auch das Betriebsjahr von 1849 wiederum den bedeutenden Betrag von nahe 183,000 Thlr. an Zinszuschuß erforderte, zu dem Entschluß veranlaßt, von der ihr im Statut vorbehaltenen Befugniß Gebrauch zu machen, und die Administration der Bahn und des Betriebes vom 1. Januar 1850 ab zu übernehmen. Obwohl Seitens der Gesellschaft hiergegen die lebhaftesten Reklamationen erhoben und aus verschiedenen Gründen behauptet wurde, daß der Staat von der in Anspruch genommenen Befugniß Gebrauch zu machen, nicht berechtigt sei, so konnte doch, da diese Gründe nicht zutreffend erschienen, hierauf keine Rücksicht genommen werden. Es mußte daher, als die Gesellschaft bei ihrem Widerspruche stehen blieb, in Anwendung der den Verwaltungsbehörden für solche Fälle durch das Gesetz vorbehaltenen des Rechtsweges beigelegten exekutiven Gewalt, die zwangsweise Einsetzung der genannten königlichen Verwaltung stattfinden und der Gesellschaft überlassen werden, wegen der vermeintlich erlittenen Beeinträchtigungen vor Gericht klagbar zu werden, was dieselbe denn auch gethan hat.

Während die Administration der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn durch die eingeführte königl. Verwaltung inzwischen zu günstigen Resultaten für den Staat und die Gesellschaft geführt hat, und der Prozeß mit der letztern — welcher in erster Instanz in der Hauptfrage, ob der Staat die Verwaltung unrechtmäßig an sich genommen und deshalb an die Gesellschaft zurückzugeben habe, durchaus günstig, in den eventuellen, den Umfang der Kompetenz der Staatsverwaltung betreffenden Punkten mehrentheils günstig entschieden ist — noch anhängig ist, sind im Laufe des vorigen Jahres Schritte von der Gesellschaft gethan worden, um eine Vereinbarung über die zwischen ihr und dem Staate schwebenden Differenzen zu erzielen. Dieselben haben schließlich zu dem dem Staate gestellten Anerbieten geführt, das Gesellschaftsvermögen mit allen Aktivis und Passivis gegen eine Gewährung einer festen Zinsrente von 4 pCt. für die im Privatbesitz befindlichen Stammaktien zu erwerben.

Die Annahme dieses Anerbietens ist für räthlich erachtet worden. Die niederschlesisch-märkische Eisenbahn ist eine der wichtigsten Bahnen im ganzen Staate. Sie hat einschließlich der Zweigbahn nach der sächsischen Grenze eine Ausdehnung von 51,7 preuß. Meilen und verbindet zwei der wichtigsten Provinzen sowohl mit einander, als mit der Hauptstadt des Landes, wie auch dem Königreiche Sachsen. Sie ist vermöge ihrer Lage und Ausdehnung zugleich ein Hauptglied der Verbindung zwischen dem Westen und Osten, so wie einer der den Norden und Süden Europa's verbindenden Eisenstraßen. Bei den reichen Quellen, welche die Provinz Schlessien für eine umfassende Verkehrsentsatzung noch in sich birgt, und der Ausdehnung, welche insbesondere dem Handel in Land- und Bergprodukten noch bevorsteht, kann für die Bahn eine befriedigende Zukunft in Aussicht genommen werden.

Näher betrachtet, stellt die finanzielle Seite des vorliegenden Kaufgeschäftes sich, also dar: Da der Staat für die Verzinsung des Stammaktien-Kapitals mit $3\frac{1}{2}$ pCt. schon jetzt unter allen Umständen aufkommen muß, so liegt das Opfer, welches zu bringen ist, vorzugsweise in der Uebernahme des Risikos, bei ungenügenden Einnahmen der Bahn die im Privatbesitz befindlichen Stammaktien mit einem halben Prozente über jenen Prozentsatz verzinsen zu müssen. Wie oben erwähnt ist, befinden sich gegenwärtig nur noch für 8,351,800 Thlr. Stammaktien in den Händen von Privatpersonen. Es handelt sich daher in dieser Beziehung zur Zeit nur um eine mögliche jährliche Mehrausgabe von höchstens 41,759 Thlr. Mit dem statutmäßigen Fortschreiten der Amortisation vermindert sich von Jahr zu Jahr das im Privatbesitz befindliche Stammaktien-Kapital und im entsprechenden Verhältnisse das Maximum der möglichen Mehrausgabe. Das Risiko hat daher überhaupt nur eine verhältnißmäßig geringe Summe zum Gegenstande.

Was die Ansprüche der Inhaber der Prioritäts-Aktien und Obligationen betrifft, so können dieselben, auch wenn man annimmt, daß der Staat nach Erwerbung der Bahn auch aus seinem sonstigen Vermögen für die Verzinsung Sorge tragen müßte, füglich außer Betracht bleiben, weil der Fall, daß die Einnahmen der Bahn nicht einmal zu dieser Verzinsung hinreichen sollten, auch in dem ungünstigsten Jahre nicht eingetreten ist und schwerlich je eintreten wird. Sollte aber dieser Fall wider alles Erwarten gleichwohl eintreten, so würde der Staat unter allen Umständen doch wohl für die Deckung der Zinsen Sorge zu tragen gehabt haben, da schwerlich hätte die Rede davon sein können, den Gläubigern ein Unternehmen Preis zu geben, bei welchem der Staat mit einem so bedeutenden Kapitale theilhaft und dessen Uebergang in das Eigenthum desselben von vorn herein statutenmäßig vorgesehen ist.

Berlin, 3. März. [Bankwesen und Kredit-Institute.] Die parlamentarischen Parteigruppierungen. Die Art und Weise, in der bisher von der königlichen Ermächtigung zur Autorisirung einzelner Bank-Institute zur Ausgabe von Banknoten Gebrauch gemacht worden ist, kommt dem größeren Verkehr eigentlich gar nicht zu Gute, wie dies z. B. der Geschäftsbetrieb des hiesigen Kassen-Vereins zur Genüge beweist. Es ist eine Anzahl schon von Hause aus günstig gestellter Banquiers und anderer wohlhabender Personen, die den Vortheil von diesem wie ähnlichen Instrumenten, die preussische Bank selbst nicht ausgenommen, ziehen; es wird aber die Vertheilung des einmal gefühlten und zum klaren Bewußtsein gekommenen Bedürfnisses auf die Dauer nicht zu verhindern sein. Der vor Kurzem von Herrn Hansmann gemachte Versuch zur Begründung einer s. g. berliner Kredit-Gesellschaft hat hier diese Frage wieder lebhaft in den Kreisen des kleineren Fabrikanten und Handwerker ange-regt, und das Mißglücken dieses Planes hat der Agitation eher neue Nahrung gegeben als sie beseitigt. Der Antrag Harfort's auf eine Revision der ganzen Gesetzgebung

über das Bankwesen und die Kredit-Institute entspricht völlig dem Bedürfnis, und derselbe wird und muß in nicht ferner Zeit durchbringen, wenn er auch in dieser Session noch eben so wenig seine Erledigung finden sollte, wie in der vorigen. Auch der vor Kurzem bei der zweiten Kammer vom Abg. Bornmann eingereichte Entwurf eines Statuts zur Errichtung von Provinzial- und Kreisbanken, für welche bekanntlich die vom Könige im Jahre 1847 zu Provinzial-Hilfskassen bewilligten $2\frac{1}{2}$ Million Thaler in Verbindung mit einem durch Aktien-Zeichnungen aufzubringenden Kapital von 1 Mill. Thaler die Fonds ausmachen sollten, hat die Billigung des Herrn Handelsministers nicht gefunden, und wird daher nicht zur Ausführung kommen. Ähnlich geht es mit den Vorschlägen, welche darauf hinausgehen, die landschaftlichen Kredit-Institute mit Banken in Verbindung zu bringen, wie dies namentlich für die Provinz Posen angeregt worden ist. Mag aber immerhin auch noch eine Anzahl dieser Versuche fehlschlagen, wir sind sicher, daß dieselben nicht verloren waren, denn sie tragen dazu bei, nach und nach den Boden reif zu machen für eine naturgemäße Befriedigung des immer lauter anwachsenden Bedürfnisses nach einer weniger schwerfälligen Organisation des Kreditwesens. Die Herstellung der allgemeinen Wechselfähigkeit war der erste Schritt dazu; man wird sich den Folgen nicht andauernd entziehen können. Von dem ausgedehnten Wechselverkehr, wie er schon jetzt im täglichen Leben vorkommt, bis zur Herstellung organisirter Kredit-Gesellschaften mit der Befugniß zur Ausgabe von Banknoten ist nur ein Schritt. Man wird ihn machen müssen.

Je näher der Zeitpunkt rückt, wo man nun auch innerhalb der zweiten Kammer an die zahlreichen, aus der ersten Kammer herüber kommenden Revisions-Anträge herangehen muß, um so deutlicher bemerkt man ein Gähren innerhalb der Parteien, namentlich innerhalb der noch immer die Wage bei den Abstimmungen in der Hand haltenden Centrum-Fraktion unter Seppert und Bodelschwingh. Mit dem Letzteren der eben genannten Männer ist eine wesentliche Veränderung vorgegangen, er ist entschieden ministeriell, und hat denn auch einen Theil seiner Fraktion mit hinüber gezogen. Man weiß aus der Erfahrung, wie geringe Ansprüche man an die antiministerielle Haltung auch des übrigen Theils dieser Partei machen darf, das Eine aber zeigt sich denn doch offenbar, daß derselbe von dem jetzigen Revisions-Fieber eines Staatsgrundgesetzes, welches eigentlich noch gar nicht rechten Boden im Volke zu gewinnen Zeit gehabt hat, noch nicht in dem Maße ergriffen ist, um die Anträge und Beschlüsse, wie sie in dieser Beziehung jetzt nach und nach der zweiten Kammer zugehen, willfährig zu acceptiren. Es sind nicht Vermuthungen, auf die wir dies stützen, sondern sehr bestimmte Berathungen und zum Theil Beschlüsse, welche bereits innerhalb der einzelnen Fraktionen erfolgt sind. Unterdeß greift in der ersten Kammer eine so scharfe Sonderung der Parteien Platz, daß sich dabei fast eine persönliche Gereiztheit mit hineinmischet. Während die sich in der Majorität befindende rechte Seite des Hauses oft bei den wichtigsten Debatten durch Annahme des Schlusses der Diskussion selbst die Begründung ihrer Abstimmungen unmöglich macht, verläßt hinwiederum die Linke wiederholt bei diesen Abstimmungen eben deshalb den Sitzungsaal und protestirt hintennach gegen die Rechtsgültigkeit der erfolgten Abstimmung. Gewiß ist die ganze Entwicklung, die das parlamentarische Leben bei uns während der diesmaligen Session genommen hat, vollständig dazu geeignet, dem Konstitutionalismus viel Boden der öffentlichen Meinung zu entziehen.

Berlin, 3. März. [Zur Tages-Chronik.] Der preussische Gesandte am Bundestage, Herr v. Bismarck-Schönhausen ist gestern Abend nach Frankfurt abgereist. Der Bundestag dürfte in Kurzem eine entscheidende Sitzung in der Flottenangelegenheit halten.

Heute sind die Einladungen zu dem Zollvereins-Kongresse abgegangen, der in den letzten Tagen dieses Monats hier eröffnet werden wird.

Die badische Regierung hat sich bereit erklärt, die preuß. Forderung für die militärische Hilfeleistung in der Höhe von 1,500,000 Thlr. zu befriedigen.

In sonst gut unterrichteten Kreisen wird jetzt auch der frühere Finanzminister v. Rabe als Kandidat für die Ober-Präsidentenstelle in Stettin genannt. Wir dürfen versichern, daß in dieser Beziehung der Name des Herrn v. Rabe ohne alle Begründung genannt wird, indem bei der Besetzung der höchsten Verwaltungsstelle die Wünsche der betreffenden Provinz stets eine gerechte Berücksichtigung finden. Uebrigens hören wir, daß Herr v. Rabe für eine seinen hohen Finanz-Kenntnissen entsprechende Stellung bestimmt ist.

Der k. k. österr. Legations-Sekretär Baron v. Türckheim ist von hier nach Hannover abgereist.

Der das in Mainz stehende 38. preussische Infanterie-Regiment kommandirende Oberst-Lieutenant Graf Monts ist hier angekommen.

Dem Vernehmen nach geht die franz. Regierung mit dem Plane um, in dem Handelsvertrage mit der Schweiz und mit dem Königreich Holland einige Erleichterungen durch besonders einzuleitende Verhandlungen zu vereinbaren.

Die gestern von uns erwähnten Aufträge, welche dem Professor Wiese im Interesse des Schulwesens geworden sind, stehen, wie man uns versichert, mit einer diesen Herrn erwartenden dauernden Stellung im Unterrichtsministerium, von welcher in den Zeitungen die Rede war, in keiner Verbindung. Wir haben vielmehr Grund daran zu zweifeln, daß Professor Wiese in eine solche Stellung eintreten werde. Derselbe ist unser Wissen für die Leitung einer höheren Unterrichtsanstalt außerhalb Berlin bestimmt und wird diese Vermuthung nach Beendigung seiner Reise antreten.

[Parlamentarisches.] Die Kammern werden sich zur Zeit des Ostersfestes vom 6. bis 18. April versagen.

Die Änderungen, welche die Regierung an dem Militär-Strafgesetzbuche in Folge der Einführung des neuen bürgerlichen Strafrechts für nöthig erachtete, sind von der Kommission der zweiten Kammer mit Zusätzen genehmigt. Der Bericht über diese wichtige Vorlage ist von dem Oberstaatsanwalt Büchtemann verfaßt.

Die Frage der Neubildung der ersten Kammer scheint ihrer Entscheidung um nichts näher gerückt zu sein. Es wird von mehreren Seiten berichtet, daß vor einigen Tagen eine Deputation von Mitgliedern der Rechten, an deren Spitze Herr v. Gerlach stand, eine Audienz bei dem Könige gehabt; der König soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, der Wahl durch Korporationen des alten und besitzigen Grundbesitzes seine Zustimmung nicht geben zu können.

Die M. Pr. 3. sagt: Im Ministerium des Innern fand gestern eine Konferenz zwischen dem Minister-Präsidenten, dem Minister des Innern und mehreren Mitgliedern der Rechten der ersten Kammer statt, in welcher wieder die Neubildung der ersten Kammer berathen wurde. Es hat ganz den Anschein, als werde der betreffende Antrag des Abg. Koppe (nach welchem Art. 6. des fraglichen Paragraphen heißen soll: „Aus Mitgliedern, welche der König aus dem größeren Grundbesitz, aus den größeren Städten und aus den Landes-Universitäten beruft“) den Hauptgegenstand der Beratungen im Pleno abgeben, in demselben aber zahlreiche Gegner finden.

Dem „M. C.“ wird von hier geschrieben: „In der Sonnabend-Sitzung des Ministerraths kam auch die Frage wegen Besteuerung der Presse, mit Bezug auf den jetzigen Stand der Sache in den Kommissionsberatungen, zur nochmaligen Erwägung. Das Ministerium ist dem Vernehmen nach geneigt, in eine nicht unbedeutende Ermäßigung des in dem Regierungsentwurf aufgestellten Steuerfußes zu willigen. Dagegen fand der Vorschlag wegen gleichzeitiger Regu-lierung der jetzt bestehenden Ungleichheiten hinsichtlich der Entrichtung der Postprovision im Ministerrath keinen allgemeinen Anklang. Namentlich soll der Handelsminister v. d. Heydt sich dagegen ausgesprochen haben, für jetzt Änderungen in dem Provisionswesen eintreten zu lassen.“

Witt. 27. Febr. Die beiden nach Heinrichswalde und Kaufheimen gerichteten Dragonerkommandos sind außer dem kommandirenden Offizier jedes 30 Mann stark; ein eben solches Kommando wurde gestern nach Heydekrug detachirt; ein viertes geht in den nächsten Tagen auf der insterburger Landstraße nach dem Kirchdorfe Szillen ab. Diese Truppen sind zwar nicht ausreichend die ganze Gegend zu schützen, wohl aber hinlänglich, um die Mafregeln der Behörden wirksam unterstützen zu können. Die dortigen Grundbesitzer haben weniger die bedürftigen Armen als vielmehr die Plünderer zu fürchten, welche unter dem Vorwande des Nothstandes Erpressungen beabsichtigen. Unter jedem andringenden Bettlerhaufen finden sich immer nur einzelne gebieterische Sprecher, die es an Drohungen nicht fehlen lassen; die übrigen sind schüchtern und mit Entschlossenheit selbst von einzelnen Personen leicht zu vertreiben. Der Besitzer eines Gutes bei Kaufheimen wurde von mehr als dreißig vereinten Bettlern heimgesucht, während seine männlichen Leute abwesend waren. Er hielt den Leuten das Ungeheuerliche ihres Betragens vor und erklärte, daß er zwar bereit sei, die Armut zu unterstützen, solche Schaaeren von Bettlern zu befriedigen aber ganz unvermögend. Sogleich trat ein Häufelsführer vor und stellte dem Besitzer anheim, ob er entweder gutwillig Getreide hergeben oder ausgeplündert sein wolle. Der entschlossene Mann packte den Droher, rang mit ihm, hielt ihn dabei aber so lange fest, bis seine Leute herbeikamen, die den Erpreßer banden und der Behörde überlieferten. Der ganze Bettlerhaufe zerstreute sich sogleich ohne die geringste Absicht zu haben, an dem Kampfe Theil zu nehmen. (Königsb. Ztg.)

Deutschland.

Dresden, 2. März. [Interpellation in Bezug auf den Zollverein und die deutsche Flotte.] In der heutigen Sitzung der II. Kammer ergreift nach Vortrag der Registrande Abg. Georgi das Wort und begründet in einem ausführlichen Vortrage folgende, die Zoll- und Handelsfragen betreffende Interpellation: „Hat die Regierung die Absicht, die in dem allerhöchsten Dekret vom 7. April 1851 zugesicherte Vorlage über die Verhältnisse und die Gestaltung des deutschen Zoll- und Handels-Vereins noch an den gegenwärtigen Landtag zu bringen? und wenn nicht: von welchen Gründen wird sie hierbei geleitet und welchen Gang beabsichtigt die Regierung angesichts des Ablaufs der Verträge den Kammern gegenüber in dieser Angelegenheit einzuschlagen?“

Hierauf antwortet Staatsminister v. Beust: Der Gegenstand des soeben vernommenen Vortrags des Hrn. Abg. Georgi ist so wichtig, daß ich wohl voraussetzen kann, es werde eine möglichst rasche Beantwortung der Kammer nur erwünscht sein. Ich bin zwar nur erst in der zweiten Hälfte des Vortrags erschienen, glaube aber nicht zu irren, daß der Hauptzweck desselben, oder wenigstens der hauptsächlichste Gegenstand desselben der Fortbestand und die Erneuerung des Zollvereins sei, die Interpellation aber mehr eine Sache formeller Natur ist. In dieser Beziehung halte ich es für ganz zweckmäßig, dem Hrn. Interpellanten den gegenwärtigen Stand der Sache mitzuthellen, woraus sich dann von selbst ergibt, inwiefern die Regierung im Stande ist, die Interpellation zu beantworten oder nicht. Wie demselben bekannt ist, hat die königlich preussische Regierung im vorigen Jahre einen Zollvertrag mit dem Königreich Hannover geschlossen. Da die übrigen Zollvereinsstaaten bei diesem Vertrage sich zu betheiligen nicht Gelegenheit gehabt hatten, so war die königlich preussische Regierung in dem Falle, den Zollverein zu kündigen, da außerdem ihre Verpflichtungen gegen ihre zeitherigen Zollverbündeten und die gegen das Königreich Hannover in Konflikt gerathen mußten. Die königlich preussische Regierung theilte uns aber gleichzeitig mit, daß es ihre Absicht sei, möglichst bald eine Konferenz aller Zollvereins-Regierungen auszuschreiben, und zwar wegen Erneuerung der Zollverträge, wegen Erneuerung des Zollvereins. Sie theilte uns zugleich mit, daß in dieser Beziehung ausführliche Vorlagen an uns gelangen sollten, und forderte uns auf, uns selbst darüber auszusprechen, welchen Zeitpunkt wir für die Konferenz für den geeignetsten hielten. Wir antworteten darauf sofort, daß die diesseitige Regierung zwar die erfolgte Kündigung tief zu beklagen habe, daß sie aber gleichwohl die zuversichtliche Hoffnung hege, es werde die Erneuerung des Zollvereins gelingen, und daß sie in Uebereinstimmung mit den von der königlich preussischen Regierung in gleicher Weise kund gegebenen Absichten dazu mitzuwirken bereit sei. Da gleichzeitig wir aufgefordert worden waren, unsern Bevollmächtigten mit möglichst ausgedehnten Instructionen zu versehen, erwiderten wir, daß diese Instructionen um so ausführlicher erfolgen würden, je früher wir in den Besitz der in Aussicht gestellten Vorlagen kommen würden. Zu gleicher Zeit sprachen wir uns dahin aus, daß wir den Zusammentritt baldigst, muthmaßlich zum 1. Februar, wünschten. Seit dieser Zeit ist irgend eine Vorlage seitens der königlich preussischen Regierung an uns nicht gelangt, und ebenförmig eine Mittheilung darüber, zu welchem Zeitpunkte man die Konferenzen in Berlin zu eröffnen beabsichtige. Dies ist der Stand der Angelegenheit, und der Herr Interpellant wird hier nach selbst erkennen, daß die Regierung in Zweifel darüber sein würde, wie sie die von ihm gewünschte Vorlage einzurichten habe.

Abg. Georgi sprach dem Staatsminister seinen Dank für diese Mittheilung aus und bemerkte, daß er, da nach der Landtagsordnung bei einer Interpellation eine Debatte über den Gegenstand nicht zulässig sei, auf diese Angelegenheit in anderer Weise zurückzukommen sich vorbehalte, wobei er an das Präsidium die Bitte richtete, seine Interpellation noch nachträglich der Staatsregierung zustellen zu wollen, was Präsident Dr. Haase zugab.

Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, interpellirte noch Abg. Kötz den Vorstand des Departements der auswärtigen Angelegenheiten: ob den gegenwärtig versammelten Kammern die in Aussicht gestellten Mittheilungen über die Angelegenheit der deutschen Flotte zugehen würden? Staatsminister v. Beust erwiderte, daß er von Anfang an ausgesprochen habe, es werde die wohl in kurzer Zeit bevorstehende Berathung über die Beiträge zu den Ausgaben für die deutsche Centralgewalt ihm Gelegenheit geben, der Kammer über diesen Gegenstand ausführliche Mittheilungen zu machen, welche Gelegenheit ihm selbst nur in hohem Grade erwünscht sein könne. (D. A. Z.)

München, 29. Februar. Der geschäftsordnungsmäßig verstärkte zweite Ausschuss der Abgeordnetenkammer hat den vom Abg. Weis im Wege der Initiative eingebrachten Gesetzentwurf, die Einführung einer dreijährigen (anstatt der gegenwärtigen sechs-jährigen) Finanzperiode betreffend, einstimmig zur Annahme begutachtet.

Luzernburg, 27. Febr. Der Papencerebesitzer Hr. Boch, der sich durch sein energisches Auftreten gegen die Jesuitenmissionäre bekannt gemacht hat, ist jetzt durch den Fastenbrief des apostolischen Provikars exkommuniziert worden. Unsere Geistlichkeit will, wie es scheint, mit Energie ihren Weg gehen. So hat sie jetzt unseren

Regierungs-Präsidenten nicht als Pauthen zugelassen, weil er nicht zur Beichte gehe. (F. Z.)

Wiesbaden, 29. Februar. Die Untersuchung des Nothstandes auf unserm Westerwald durch den Regierungskommissar Ministerialrath Schepp hat, sichern Vornehmen nach, das Resultat gehabt, daß dieser Nothstand als begründet anerkannt werden mußte. Demgemäß hat unsere Staatsregierung bereits Anordnungen zur Erleichterung dieses Elends getroffen. — Wenn wir recht unterrichtet sind, dann werden binnen kurzer Zeit in unserm Lande gar keine Turnvereine mehr existiren. Es soll die Absicht der Regierung sein, alle derartigen Vereine ohne Weiteres aufzulösen. Bereits hat man mit den Vereinen in Limburg, Wiesbaden und Eltville den Anfang gemacht und bald werden wir die Nachricht erhalten, daß alle ändern ein gleiches Schicksal erfahren haben. (Festf. Z.)

Kassel, 1. März. [Mafregel gegen den Nothstand.] Die „Kass. Ztg.“ schreibt: „Um den Beschwerden abzuhefen, welche in den letzten Tagen über den geringen Vorrath von Brod in hiesiger Stadt, sowie über die verweigerte Verabfolgung desselben erhoben worden sind, wurde für die Stadt Kassel und deren Zunftbezirk Folgendes verordnet: Jeder Bäckermeister hat jeden Tag nach Bedürfnis Brod zu backen, und solches Jedem, der die Tare zahlt, auf Verlangen zu verabreichen. Zuwiderhandlungen werden, und zwar für jeden einzelnen Fall mit 20 Thlen., eventuell 14 Tagen Gefängnis, bestraft. Beharrliche Widerspenstigkeit wird außerdem mit Ausstoßung aus der Zunft geahndet. Das Bedürfnis, sowie das Quantum, welches der einzelne Bäcker täglich zu liefern hat, bestimmt die Ortspolizei, vorbehaltlich jederzeitigen Einschreitens des kurfürstlichen Landrathsamtes dahier.“ — Ein Ausschreiben des Finanzministeriums vom 27. Februar verkündet die gestattete zollfreie Einföhrung des Getreides, der Hülsenfrüchte, des Mehls und der Mühlenfabrikate.

Hannover, 2. März. Gestern Nachmittag ist der Zoll- und Handelsvertrag mit Oldenburg von den resp. dazu Bevollmächtigten unterzeichnet worden. (H. Z.)

Die Abgeordneten der verschiedenen Kompagnien der Bürgerwehr (des vorjährigen Festkomitee) haben beschlossen, den 18. März zur Erinnerung an die Gründung der Bürgerwehr und den Beginn der neuen Zeit für Hannover in herkömmlicher Weise zu feiern. Nachmittags wird große Parade und Abends gesellige Vereinigung mit Reden, Gesang und Tanz in den Fivollräumen stattfinden. (Z. f. N.)

Bremen, 2. März. Die „Weser-Ztg.“ bringt eine beachtenswerthe Warnung vor der Auswanderung nach Peru, für welche bekanntlich in letzter Zeit in Deutschland unter sehr verlockenden Versprechungen geworben wird.

Hamburg, 3. März. Wie man aus Kiel schreibt, wird es in Kopenhagen nicht beabsichtigt für Holstein-Lauenburg dem deutsch-österreichischen Zollvereine beizutreten. Auch bestätigt es sich bis jetzt nicht, daß den dänischen Truppen in Schleswig zum 5. d. M. Marschordre ertheilt sei. Von der Eider meldet man, daß zufolge Verfügung des Kriegsministeriums die für die Armee allerhöchst approbirtten Montirungs-Reglements auch für den 4. „dänischen“ Generalkommando Distrikt (Holstein-Lauenburg) in Kraft treten sollen. — Der Minister für Schleswig Graf Carl Moltke wird nächste Woche in Flensburg erwartet. Die dort bisher noch verbliebenen Regierungsbeamten haben sich den 29. Februar mit dem Skiner nach Kopenhagen begeben. (H. N.)

Oesterreich.

O. C. Wien, 3. März. [Die Landstände Oesterreichs] bilden jetzt den Gegenstand der verschiedenartigsten Fragen, weshalb es wohl nicht ganz uninteressant ist, dieses Institut etwas näher zu schildern. Diese Korporationen röhren als Volksvertretungen noch aus der germanischen Verfassung her. Die deutschen und böhmischen Provinzen haben seit Jahrhunderten eine ständische Verfassung. In Galizien wurden erst unter österreichischer Regierung Stände eingeföhrt und im lombardisch-venetianischen Königreiche sind durch die Akte vom Jahre 1815 Central- und Provinzial-Kongregationen eingefest, welche das Volk zu vertreten haben. In den deutsch-slawischen, böhmischen und galizischen Ländern theilen sich die Landstände in vier Klassen: a) den Prälatenstand, zu welchem die Erzbischöfe, Bischöfe, Prälaten, Präbste und Domkapitel gehören, welche Edelgüter besigen, b) den Herrenstand oder den hohen Adel, d. h. Fürsten, Grafen, Freiherren, c) den Ritterstand oder niederen Landadel, d) den Bürgerstand, wozu die Abgeordneten der landesfürstlichen Städte oder Märkte gehören. In Tirol sind die vier Klassen: der Prälaten, der Herren und Ritter, der Bürger- und dann der Bauernstand. Die Landstände des Erzhertogthums unter der Enns bestehen aus 14 Prälaten, auf deren Bank in den ständischen Versammlungen auch der jedesmalige Rector magnificus der wiener Universität und der Staatsgüter-Administrator Sitz und Stimme haben, aus 220 Geschlechtern des niederösterreichischen Herrenstandes, aus 114 Geschlechtern des niederösterreichischen Ritterstandes und aus den landesfürstlichen Städten und Märkten und zwar Wien als halber vierter Stand und zur andern Hälfte die Städte: Zull, Yps, Bruck an der Leitha, Hainburg, Klosterneuburg, Baden, Krems, Stein, Eggenburg, Zwettel, Wäldhofen an der Thaya, Korneuburg, Kels, Laas und die Märkte Mödling, Bertholdsdorf, Gumpoldskirchen und Langenlois. — Der Haupt der Landstände führt den Namen Landmarschall, in andern Provinzen auch Landeshauptmann, oder in Böhmen Oberstburggraf. — In Prag hat am 1. März der Statthalter das Präsidium des Landesauschusses übernommen. Von dem Oberstbischöf lehrnricher Leopold Grafen von Thun an der Spitze des permanenten Landesauschusses und von den gesammten ständischen Beamten empfangen, erklärte der Statthalter, daß er auf Befehl des Kaisers von nun an die Leitung der Angelegenheiten übernehmen und bemerke, daß in der Geschäftebehandlung des Landesauschusses hierdurch keine Aenderung eintreten werde, da der Landesauschuss die vom Kaiser vorgezeichneten Grenzen nie überschritten habe.

*** Wien,** 3. März. [Der Gemeinderath will abtreten.] Der Kaiser ist von Venedig über Padua und Vicenza nach Verona abgereist, wo er von dem F. M. Radeßky an der Spitze der Generalität und sämmtlicher Civil- und Militär-Autoritäten feierlichst empfangen wurde.

Seit einigen Tagen werden im Reichsrath ununterbrochen Sitzungen gehalten, bei welchen auch der Minister des Innern zugegen ist. Man glaubt, daß hierbei die Einrichtung und der ganze Organismus der politischen Behörden, wie sich dieselben künftighin gestalten sollen, zur Verhandlung kommt. Uebrigens ist in diesem Augenblick ein

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu No. 65 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 5. März 1852.

(Fortsetzung.)

Gegenstand eifriger Berathungen das Notariatswesen, da sich zwischen den Ministern des Innern und dem der Justiz Differenzen bezüglich der Unterordnung der Notare gezeigt haben.

Man will wissen, daß mehrere der achtbarsten Mitglieder der Gemeindevertretung, dem Bürgermeister ihren Austritt aus dem Gemeinderath angezeigt, ja daß der ganze Gemeinderath die Absicht haben soll, sich in Kurzem selbst aufzulösen. Als Grund dieses auffallenden Schrittes bezeichnet man die geringe Unterstützung, welche diese Korporation gegenüber der maßlosen Angriffe fand, die ein, wie man glaubt, von oben begünstigtes Journal (die Presse) wegen des unlängst abgeschlossenen Gasbeleuchtungsvertrags gegen die Gemeindeverwaltung richtet.

Italien.

Rom, 21. Febr. [Attentat verhindert. — Orioli †.] Der Wachsamkeit der Polizei-Behörden gelang es gestern, ein Attentat zu verhindern, das unberechenbares Unheil angerichtet haben würde, wäre es auch nur in geringem Umfange zur Ausführung gekommen. Die Umsturzpartei nämlich, wüthend, daß trotz aller Bemühungen der Carneval zu Stande gekommen, hatte beschossen, Glasbomben unter die im Corso hin- und herwogenden Menschenmassen zu werfen, und zwar hatte man zur Ausführung dieses Planes gerade den gestrigen Nachmittag ausersehen, an welchem als am sogenannten giovedì grasso voraussichtlich das Gedränge am größten sein würde. Zum Glück kam die Polizei dem Anschläge auf die Spur, und so wurden denn am gestrigen Vormittage an mehreren Orten Hausdurchsuchungen vorgenommen, welche die Entdeckung einiger Niederlagen von dergleichen Wurfgeschossen herbeiführten, unter denen namentlich eine sehr reichlich ausgestattet war, so daß man in ihr die Central-Niederlage gefunden zu haben glaubt. Natürlich waren zahlreiche Verhaftungen damit verbunden, die jedoch bis jetzt nur Leute geringerer Standes betroffen haben sollen, offenbar bezahlte Werkzeuge. Es steht zu hoffen, daß durch deren Vermittelung endlich auch die Häupter zur Haft gebracht werden, obwohl bekanntlich diese Herren schlaue Weise stets außerhalb des Feuers bleiben. Im Uebrigen wird der Carneval, bis jetzt durch die Witterung begünstigt, zwar ziemlich zahlreich besucht, doch so, daß er einen Vergleich mit den Jahren vor der Revolution keineswegs auszuhalten vermag. Während sonst an den Haupttagen Wagenreihen sich durch die Nebenstraßen des Corso, über den spanischen und venetianischen Platz, ja, zu Zeiten über Monte Pincio zogen, während dennoch häufig die Züge stockten und es nicht selten vorkam, daß der für schweres Geld gemietete Wagen nur einmal, mitunter gar nicht durch den Corso kam, fährt man heuer fast immer im Trabe, obwohl man nur auf den Corso selbst beschränkt ist. Ursache davon ist einerseits die Zurückhaltung mancher Italiener von dieser Belustigung, andererseits die unglaublich rohe, ja, pöbelhafte Weise, in der das Carnevals-Bergnügen betrieben wird. Als vor kaum fünf Jahren der Lord Ward von seinem Balkon herab Körbe voll Gips-Confetti auf die Verbeifahrenden herabschüttete, äußerte sich die Erbitterung darüber so laut, daß er polizeilich ermahnt ward, die Regeln des Carnevals besser zu beobachten. Jetzt sind an fast allen Balkons seiner Landsleute Kästen angebracht, aus denen mit blechernen Pfannen unaufhörlich geschöpft und herabgeschüttet wird. Obwohl es verboten ist, Blechrichter zum Schlemmern zu gebrauchen, da dieselben den Körnern eine nicht ungefährliche Gewalt verleihen, so sieht man kaum noch einen englischen Wagen ohne diese Waffe, und man muß den Franzosen nachsagen, daß sie mit ihren Nachbarn eifrig rivalisiren.

Das heilige Kollegium erlitt in vergangener Nacht durch den Tod eines seiner ausgezeichnetsten Mitglieder einen schweren Verlust, und noch andere scheinen ihm nahe bevorzustehen. Nach kurzer Krankheit starb nämlich der Präsekt der Congregation über Bischöfe und Ordensgeistlichkeit, und Protektor der verschiedenen Sektionen des Franziskaner-Ordens, Cardinal Antonio Francesco Orioli, geb. 10. Dezember 1778 zu Bagnacavallo in der Diözese Faenza. Die dem heiligen Kollegium als noch drohend bezeichneten Verluste werden von verschiedenen Seiten her befürchtet. Denn auch die Eminenzen Bernetti, Soglia und Castracane degli Antelminelli sind plötzlich so bedenklich erkrankt, daß man bei ihrem vorgerückten Alter nicht ohne Grund an ihrem Wiederaufkommen zweifelt. Die außerordentlichen Wetter-Extravaganzen tragen natürlich zu der seit dem Beginne des Jahres immer mehr steigenden außerordentlichen Sterblichkeit unter Kindern und Greisen nicht wenig bei. Gestern hatten wir in der Mittagsstunde Schneefall, und heute sehen wir Gebirge und Ebenen mit starrem Frost und weißen Flocken überdeckt. (Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 1. März. [Tagesbericht.] Die Militär-Kommission der ersten Division hat ihre Arbeiten fast beendigt, sie hat lektlich zahlreiche Freilassungen ausgesprochen. Am 26. Febr. sind zu Cette 118 Verhaftete nach Algier eingeschifft worden. Der Fabeldichter Lachambaudie ist noch zu Brest am Bord des „Duguesclin“ in Haft. Der Abgeordnete Bac hat die Erlaubniß erhalten, sich in Algier als Advokat niederzulassen.

Paris, 2. März. Von den für Paris vorgeschlagenen 9 Regierungs-Kandidaten sind 7 mit großer Majorität gewählt worden. Nur im vierten und fünften Bezirk hat sich keine genügende Wählerzahl eingefunden. Der Ausfall der Wahlen in den Departements ist noch nicht bekannt. Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Dekret, den Richterstand betreffend, nach welchem Mitglieder des Kassationshofes mit 75, andere Richter mit 70 Jahren in den Ruhestand versetzt werden können. — Das Prinzip der Unabsehbareit bleibt, doch können disziplinarisch bestrafte Magistrats-Perionen durch Urteil des Kassationshofes abgesetzt werden. (Pr. St. A.)

[Das Dekret über den Bodenkredit] lautet ausführlich:

Tit. I. Von den Bodenkredit-Gesellschaften.
Art. 1. Bodenkredit-Gesellschaften, welche zum Zweck haben, den Grundbesitzern, welche auf Hypotheken Darlehen machen wollen, die Möglichkeit verschaffen, sich mittels Jahresabzahlungen zu entlasten, können nach Genehmigung des Staatsraths vom Präsidenten der Republik autorisirt werden. — Art. 2. Die Autorisation wird entweder den Gesellschaften von Darlehen nehmenden oder Darlehen gebenden Mitgliedern bewilligt. Sie sind auf Territorialbezirke beschränkt, welche das Autorisationsdekret festlegt und können Obligationen oder Pfandbriefe ausgeben. Um die Operationen dieser Gesellschaften zu erleichtern, können der Staat und die Departements eine Anzahl solcher Pfandbriefe ankaufen, und der Finanzminister bestimmt die jährlich diesem

Zweck zu widmenden Summen aus dem Staatschatz. Die Vertheilung auf die verschiedenen Gesellschaften und der Antheil jeder an den durch Dekret vom 22. Januar 1852 den Bodenkreditanstalten gewidmeten 10 Millionen, wird durch das Autorisationsdekret bestimmt.

Tit. II. Von den Darlehen, welche die Bodenkredit-Gesellschaften machen.

Die Bodenkredit-Gesellschaften können nur auf eine Hypothek ausleihen. Als solche auf die erste Hypothek gemachten Darlehen sind alle Darlehen zu betrachten, die zum Zwecke haben, alle früheren Gläubiger, sowohl dem Kapital als den Interessen nach zu befriedigen. In diesem Falle behält die Gesellschaft die hinreichenden Fonds in Händen, um diese Herauszahlung zu bewerkstelligen. Die nachfolgenden Bestimmungen beziehen sich auf die Fälle, in welchen diese Darlehen nicht stattfinden können. Der Borger tilgt seine Schuld durch Jahresabzahlungen. In diese ist nothwendig der Kapitalzins mit einbegriffen, der nicht mehr als 6 pCt. betragen darf, und die zur Amortisirung des Kapitals bestimmte Summe, welche nicht mehr als 2 pCt. und nicht weniger als 1 pCt. betragen darf.

Tit. III. Die Obligationen oder Pfandbriefe sind nominell oder auf den Vorzeiger; sie können, wenn sie nominell sind, gleich jedem Wechsel von Hand zu Hand gehen. Der Werth des Pfandbriefes kann den Betrag des Darlehens nicht übersteigen, darf aber nicht weniger als 100 Franken betragen. Die Pfandbriefe tragen Zinsen. Im Laufe jedes Jahres findet die ratenweise Rückzahlung der zur Amortisation bestimmten Summen statt. Die Besitzer von Pfandbriefen können auf keinem anderen Wege als gegen die Gesellschaft selbst verfahren, wenn sie wieder in den Besitz ihres Kapitals und Zinsen gelangen wollen. Im Falle des Verlustes des Pfandbriefes findet die Auszahlung des Kapitals und der Interessen nicht statt.

Tit. IV. behandelt die den Grundkredit-Gesellschaften für die Sicherheit und Deckung des Darlehens bewilligten Privilegien und bestimmt die Fälle, in welchen die Entlassung stattfinden kann, die Mittel und Rechte, welche die Kredit-Gesellschaft den Borgern gegenüber hat. Die Richter können keinen Aufschub für die Jahresabzahlungen bewilligen, und im Rückzahlungsfalle kann die Gesellschaft auf die Hypothek den Sequester legen. Die nachfolgenden Bestimmungen beziehen sich auf den Sequester, die Expropriation und den Verkauf.

Tit. V. behandelt die allgemeinen Bestimmungen. Die Kredit-Gesellschaften stehen unter der Aufsicht des Ministers des Innern, des Handels und der Agrikultur und des Finanz-Ministers. Dieselben Minister haben auch Einfluß auf die Wahl der Direktoren der Kredit-Gesellschaften. Die Gesellschaften können keine andere Operationen, als die durch das vorliegende Dekret vorgeschriebenen machen, und müssen ihre entlasteten Fonds unter den durch das Gouvernement festgesetzten Bedingungen dem Staatschatz zur Verfügung stellen. Die Fonds der Unmündigen und Gemeinden können zum Ankauf von Pfandbriefen verwendet werden.

Die Statuten beziehen sich hauptsächlich auf die Art, in welcher die Werthschätzung des Eigenhums, welches nicht als Hypothek zugelassen werden kann, und auf jenes, darauf nur eine kleinere Summe geliehen werden kann; auf das Maximum des Darlehens an einen und den selben Borger; auf den Tarif für die Berechnung der Jahresabzahlungen; auf den Modus für die anticipirten Jahresabzahlungen; auf die Frist zwischen der Einzahlung des Jahresbetrages von Seiten des Borgers und der Auszahlung der Interessen von Seiten der Gesellschaft u. s. f. In den Feuilletons, den 28. Februar 1852.

Der Minister des Innern: Persigny.

Louis Napoleon.

Rußland.

Kalisch, 28. Febr. [Militärisches.] Wir haben bereits gemeldet, daß im kommenden Frühlinge die in Polen stehenden Truppen in üblicher Weise Lager beziehen, und dann bei der Ankunft des Kaisers vor demselben manövriren werden. Diese Nachricht findet jetzt auch theilweise ihre Bestätigung in den öffentlichen Kundmachungen, welche von Seite der Militärbehörde zu Viktualien-Lieferungen für das Militär während der Lagerzeit auffordern. Ein solcher Lieferungskontrakt wird schon am 3. März für die Regimenter der 1. Brigade der 5. Inf.-Division in der warschauer Alexander-Stadelle abgeschlossen werden. Wie ich höre, wird diese Brigade unter dem Kommando des Generalmajors Wesselski schon im April bei Warschau ein Lager beziehen, und dann im Mai mit noch 5 anderen Brigaden das große Lager bei Lowicz bilden, welches der Kommandirende des 2. Infanterie-Corps General-Lieutenant Panistine befehligen wird. Die in das Lager zu liefernden Viktualien sind: Weizen- und Erbsenmehl, Gerstengraupe, Erbsen, Sauerkraut, Kartoffeln, Fett, Heringe, Zwiebeln, Del und Pfeffer. Fleisch wird frisch geliefert, und auch im Lager, wo die Verpflegung eine bessere ist, als in der Garnison, wöchentlich nur einmal verabreicht. — Daß Polen, wo die bedeutendsten Festungen des russischen Reiches sind, die eigentliche Rüstkammer der aktiven Armee ist, und daß hier, wo der Hauptsitz des Artillerie- und Geniewesens ist, auch die meisten Geschütze aufbewahrt werden, ist wohl sehr natürlich. Aber es ist hier auch außer den Festungen ein bedeutender Theil der beweglichen Reserve-Artillerieparkes, deren jede leichte Artilleriebrigade einen mit einem Obersten an der Spitze zählt, in kleineren Städten placirt, was im eigentlichen Rußland nur in bedeutenderen Städten der Fall ist. Es ist daher Polen nicht allein nach seiner Befestigung und Lage, sondern auch bezüglich seiner Besatzung und Armirung die bei weitem stärkste, und daher auch wichtigste Seite des Reiches. (K. Bl. a. B.)

Osmantisches Reich.

O. C. Bosnien. [Entwaffnung der Rajah. — Militärische Bewegungen.] Die „Agramer Zeitung“ bringt von der bosnischen Gränze folgende ausführliche Berichte: 24. Februar. Die stattfindenden militärischen Bewegungen in Bosnien geben zu so vielfachem Gerede Veranlassung und verursachen Deutungen, daß ich nicht umhin kann, das, was mir aus zuverlässigen Quellen bekannt wurde, Ihnen zu berichten. Vor ungefähr 8 Wochen kam die Regierung in Bosnien aus einem aufgefundenen Briefwechsel, wie es heißt, auf die Spur eines Komplotts, welches unter den Rajahs Bosniens, d. i. der christlichen Bevölkerung griechisch-nicht-unieten und römisch-katholischen Ritus, eine bedeutende Ausbreitung bereits erreicht haben soll. In Folge dessen wurden im ganzen Lande zahlreiche Verhaftungen meist unter der Geisteslichkeit, den Ortsvorstehern (Knesen) und bemittelten Handelsleuten vorgenommen. Was den Zweck dieser Konspiration anbelangt, so wird derselbe zwar von den türkischen Nachhabern geheim gehalten; soll jedoch in dem Umsturz der osmanischen Regierung in den slavisch-türkischen Ländern bestanden haben. Da über das Ganze noch ein geheimnißvolles Dunkel schwebt, so läßt sich weder über die Leiter der beabsichtigten Bewegung, noch über die Wahl der Mittel etwas Näheres angeben. Jedenfalls konnte aber der Zeitpunkt zu einer Schilderhebung der Christen in Bosnien, wenn wirklich eine solche beabsichtigt war, nicht übler gewählt werden. Die Entdeckung jener Konspiration hat nun die vielleicht nicht ganz unwillkommene Veranlassung zur Entwaffnung der Rajahs gegeben, zu welchem Behufe größere Militärbataillone das Land durchziehen. So wird in Bihac dieser Tage der Brigadegeneral Dervisch Pascha mit einem Bataillon Infanterie und 4 Eskadronen Kavallerie erwartet, um die Entwaffnung der zur Bihacer Kaimakamie gehörigen Christen vorzunehmen, nachdem dieselbe bereits zu

Banjaluka geschehen sein soll. Man war früher der Meinung, daß die Regierung die Entwaffnung der gesammten Bevölkerung Bosniens, ob Christ oder Muselman vorzunehmen werde, wie dieses früher in Albanien und lesthin theilweise auch in der Herzegowina geschah; allein die jüngsten Entdeckungen mögen das bosnische Gouvernement dahin bestimmt haben, den rechtgläubigen Unterthanen die Waffen zu belassen und bloß die Rajahs zu entwaffnen.

26. Februar. Noch immer dauert die Entwaffnung der Rajahs fort. Größere militärische Abtheilungen sind in der Kraina erschienen. Dieser Tage trafen zwei Pzschas mit 10,000 Mann regulären Truppen und 4 Geschützen in Esazin ein, auch in Novi ist etwa ein Bataillon erschienen, in Bihac sollen 6 Labors angelangt sein. Die Dörfer müssen Stroh und Lebensmittel zuführen und es läßt sich denken, wie sehr die Kräfte der schon im vorigen Feldzuge erschöpften Rajahs dadurch in Anspruch genommen werden. Der Franziskanermönch Zukic ist, wie ich eben zuverlässig erfahre, wirklich in Gewahrsam.

Provinzial-Beitrag.

⊙ Breslau, 4. März. [Hofstag der Silesia.] Die Freuden der Jugend sind Freuden fürs ganze Leben, und mit seligstem Behagen kehren wir zu ihren Erinnerungen zurück, welche uns für Momente wenigstens wieder jung machen. Aber selbst dem bloßen Zuschauer geht das Herz auf bei den fidelen Späßen munterer Jugend und weder Alter, Stand noch Geschlecht paralytisch den heitern Eindruck, welchen das Schauspiel unbefangener Hingebung an die Lust des Augenblicks in uns hervorruft.

So haben die studentischen Feste, deren in diesem Winter bereits drei gefeiert wurden, die „Hofstage“ der verschiedenen Landsmannschaften, die größte Theilnahme unter dem „Philistertum“ gefunden und dessen endlosen Jubel hervorgerufen.

Namentlich auch der gestern gefeierte Hofstag der „Silesia“.

Die Feier fand in dem schönen, dem Charakter des Festes angemessen geschmückten Rugnerschen Saale statt, dessen Hintergrund der Thron des Herzogs von Lotharingen einnahm.

Um 7 Uhr begann das Fest mit einem Prolog, welcher die verschiedenen Klassen der Anwesenden in gemüthvoller Weise zum Genuß der bevorstehenden Scherze einlud. Hierauf erfolgte der Einzug des Hofes, dessen Kostüme theils dem Mittelalter, theils der Perückenzeit entlehnt, einen zum Theil sehr heitern Eindruck hervorbrachte.

Vor Allen strahlte nach Gebühr der Herzog hervor, in Studenten-Witz, mit dem Purpurmantel, eine mit Kronenbügeln versehene Cereviskappe auf dem Haupte und den silbernen Schläger an der Seite. An seiner Hand geleitete er die Herzogin, lieblich anzuschauen, wie ihre Hofdamen.

Nachdem der Herzog auf dem Throne Platz genommen, ertönte voll und kräftig das lotharinger Reichslied und als dasselbe beendet, las der Herzog, welcher sich jetzt mit der ungeheuren, aus einer Bierkufe bestehenden Bierkrone schmückte, die Thronrede ab, deren kerniger Humor und witzige Bezüge auf Aller Mienen ein freundliches Lächeln zauberte.

Dem feierlichen Akte folgte Cour und Ordensverleihung, bei welcher auch die Damen nicht leer ausgingen.

Hierauf erhob sich der Herzog und kündigte an, daß er seine Tochter, die schöne Prinzessin Bumfia, mit dem Prinzen Herkules von Grönland zu vermählen gedenke und eröffnete die darauf bezüglichen Festlichkeiten. Nachdem der Prinz, ein kleiner Grönländer, im Phantasie-Kostüm seines Landes, eingeführt war und der Ständesrath beschloffen hatte, daß die Prinzessin ihn „liebe“, ward die letztere, deren hochansehnliche Figur von der Natur sichtlich zur Ergänzung der grönländischen Winzigkeit bestimmt war, von der höchst komischen Bürgerwache eingeholt. Die nun folgenden Scenen des Verliebens, Verlobens und Vermählens, welche das Zwerchfell der zahlreichen Zuhörerschaft weidlich erschütterten, waren so reich an Witz, dieser Witz ging aber so unmittelbar aus der effektvollen Situation hervor, daß sich eine Beschreibung nicht füglich geben läßt. Namentlich sprudelte die Traured des Hofpredigers, dessen Moral und Kostüm alle Konfessionen verschmelzen zu wollen schien, von Humor.

„Quäle nie ein Thier zum Scherz,

Denn es fühlt wie Du den Schmerz“, —

das waren die rührenden Textesworte, welche er zur allgemeinen Erheiterung glossirte. — Mit der Theologie theilte sich die Poesie in die Aufgabe, das erhabne fürstliche Beilager zu feiern.

Dem Hoftheologen folgte der Hofpoet, ein Troubadour, welcher mit obligater Begleitung der großen Kesselpauke eine Karrikatur von Minnelied zum Preise der Prinzessin Bumfia sang. Mit einem Fackeltanz des Ministeriums, welcher beim Glanze bunter Papierballons sehr malerisch ausgeführt wurde, schloß das schöne Familienfest, nachdem der Groß-Connetabel und die Ritterschaft den Damen in dem Liebe „Leinende Liebe“, den ritterlichen Becher-Gruß zugesungen hatten.

Nach der großen Pause wurde vor versammeltem Hofe und Publikum ein fünftaktiges Trau-Schau-Lust-ic. Spiel: „Das Mädchen aus der Fremde“ oder: „Die Natur raucht manchmal starken Tabak“, aufgeführt. Es war tollster, aber blühendster Unsinn, ein Witzfeuerwerk von der ausgelassensten Laune angezündet. Beschreiben läßt sich das nicht; aber die losgelassenen Sprühteufel zündeten und die größte Heiterkeit und der laute Beifall des Publikums feierte aufs Beste das ausgezeichnete Spiel der Akteurs, welches seinen Höhepunkt in der Aufführung des eben so allerliebsten als scherzhaften Schneider-Ballets erreichte. Die Rolle der Heldin des Stückes, chinesische Prinzessin Lappali, befand sich in den Händen einer so reizend hübschen Persönlichkeit, daß selbst den anwesenden Herren in voller Illusion der Mund wässerte.

Zuletzt fanden große Produktionen in der höheren Kunsttreierlei statt, bei denen die spaßhaft imitirten Pferde, so wie die gewandten Turnkünste des Bajazzo und die liebliche Erscheinung der ersten Kunsttreierin (der ehemaligen Prinzessin Lappalia) die Schau- und Lust in Athem erhielten.

Hierauf allgemeine Kneiperei: denn das verhiess der Herzog ja in seiner Thronrede, daß trotz alledem und alledem — fortgesetzt werden würde!

⊙ Breslau, 4. März. [Die Ressource junger Kaufleute] veranstaltete gestern Abend zum zweiten Male eine musikalisch-deklamatorische Soiree, woran sich das schöne Geschlecht ebenso wohl aktiv als passiv betheiligte. Der innere Raum des großen Saales im Café restaurant war beinahe ganz von Damen angefüllt, während die Männer, alt wie jung, mit einem Stehplätzchen an der Seite oder im Hintergrunde, ja selbst in den Logen, süßlich ne-

men mußten. Diese außerordentliche Theilnahme, deren die Gesellschaft sich täglich in höherem Maße zu erfreuen hat, schien uns diesmal durch die gebotenen musikalischen und deklamatorischen Genüsse vollkommen gerechtfertigt. Fräulein Helene Lichtenstädt, eine brave Dilettantin, spielte die ersten Piecen „Campanella“ von Taubert und „Walzer“ von Chopin mit seltener Fertigkeit und grazielem Anschlage auf dem Piano. Fräulein Clara Bloch, welche sich unter Leitung des Hrn. Musikdirektor Mosewius für die Bühne ausbildet, entfaltete im Vortrage einigender Lieder von Küken ein so schönes Talent und so reiche Stimm-Mittel, daß wir der angenehmen Künstlerin für ihr künftiges Austreten wohl das beste Prognostikon stellen dürfen. Fräulein Bertha Bial, die wackere Schülerin des Hrn. Musikdirektor Hesse gab mit diesem das „Konzert für 2 Klavier“ von Raffbrunner zum Besten. Das ausgezeichnete Spiel der Vortragenden, sowie die gut einstudirte Quartett-Begleitung, welche dem Musikstücke einen eigenthümlichen Reiz verlieh, fanden den lebhaftesten Beifall. Nicht minder enthusiastisch wurden die Konzert-piecen für die Violine von den Herren Kammermusikus Küstner und E. Dessauer aufgenommen. Sehr unterhaltend waren überdies die Deklamationen des Hrn. Goldschmidt und die von Mitgliedern der Ressource ausgeführten Männer-Quartette. Nach Erledigung des mit 10 Nummern ausgestatteten Programms trennte sich die Gesellschaft erst gegen 11 Uhr, durch das gemüthlich heitere Fest sichtlich angesprochen.

⊙ Liegnitz, 4. März. [Unterdrückte Feuer. — Diebstahl. — Gemeinderath.] Liegnitz und die nächste Umgegend befindet sich noch fortwährend in Feuersgefahr. Während am verflossenen Sonnabend die Flammen den Dachstuhl des Hoffmann'schen Hauses am kleinen Ringe hieselbst zerstörten, hatten frevelhafte Hände in einem der Gebäude eines Kräuters auf der Jauergasse Feuer angelegt. Glücklicherweise wurde aber diese Absicht noch zeitig genug entdeckt, so daß die in Aussicht stehende Gefahr beseitigt werden konnte, ohne daß vorher nachtheilige Folgen dieser Brandstiftung sich kund gegeben hätten. Um dieselbe Zeit fand man in einem Hause vor dem Slogauer Thore unweit des Eisenbahnhofes verschiedene Brennstoffe, die ebenfalls von ruchloser Hand dorthin in der Absicht gebracht worden waren, ein Feuer hervorzurufen. Entweder sind hier die Frevel von außen her gestört worden, oder andere ungekannte Ursachen vereitelten ihren Brandstiftungsplan. Am verflossenen Montage entstand Abends gegen 7 Uhr wiederum innerhalb der Stadt Feuerlärm. Es brannte auf dem Neuländel ein Schornstein aus. Durch herbeieilende Hülfe wurde aber bald das Feuer unterdrückt, resp. die drohende Gefahr beseitigt. Kirsirenden Gerüchten zufolge hat man gestern sogar einen Maueranschlag gefunden, auf dem die Drohung ausgesprochen war, ein am Ringe liegendes großes Gebäude in Brand zu stecken. — Ohnerachtet der bei dem am Sonnabend stattgefundenen Feuer getroffenen zweckmäßigen Vorkehrungen von Seiten der Behörden ist demnach außerordentlich viel gestohlen worden. Den Kaufleuten Gebauer und Rungstock wurde eine Brieftasche, in welcher eine namhafte Summe Kassenanweisungen und andere werthvolle Papiere sich befanden, entwendet. Später fand man die Brieftasche, um deren Zurückgabe durch Maueranschlag gehandelt werden war, im Hofe des abgebrannten Hauses. Leider fehlten aber die darin gewesenen 226 Rthlr. Kassenanweisungen. An den Wechseln und andern Papieren hatte man sich nicht vergiffen. Obgleich die Polizei dem Diebe bereits auf der Spur zu sein glaubt, hat sie dennoch nicht in den Besitz solcher Beweise gelangen können, um denselben zur Untersuchung zu ziehen, resp. in Haft zu bringen. — Wie wir vernommen, wird der hiesige Gemeinderath noch diese Woche eingeführt werden, so daß derselbe sich baldigst konstituiren und dann zur Wahl des Gemeindevorstandes schreiten kann. Gerüchten zufolge sind bereits mehrere Gemeinderäthe als Gemeindevorstandsmitglieder designirt. Vor kurzer Zeit bezeichnete man auch schon einige Persönlichkeiten, welche als Bürgermeisterkandidaten figuriren würden. Jedenfalls ist dies aber bloß leeres Geröbel gewesen. Wir glauben, daß darüber sich noch keine bestimmte Ansicht geltend gemacht hat.

⊙ Hirschberg, März. [Gewerbeverein. — Glashsbereitungs-Anstalt. — Spinnschule. — Papierfabrik. — Maskenball. — Wander.] An tüchtigen Kräften, welche fürs Besserwerden rüstig sich regen, fehlt es hier nicht. Tritt das Glück mit ihnen in günstigen Bund, dann lächelt nach langer, banger, trüber Zeit freundlich die Sonne der Hoffnung. Seit Kurzem ist hier ein Gewerbeverein ins Leben getreten, der sich einer ausgedehnten und lebendigen Theilnahme erfreut. Bei Gründung desselben war die Versammlung ungemein zahlreich. Man fühlte das Bedürfnis dafür. Vorsitz ist der Pastor Hesse, zweites Vorstandsmitglied der Apotheker Großmann. Außer diesen beiden Ehrenmännern, welche schon mehrfacher Weise der Volkswohlthat Zeit und Kraft redlich geopfert haben, hält auch der Lehrer Reimann aus der von Gayetteschen Privat-Schulanstalt Vorträge, ein junger, frischer, lebendiger, vielseitig unterrichteter Mann. An Beiträgen für die Industrie-Ausstellung zu Breslau von hier aus wird es nicht fehlen. — Die neue Glashsbereitungs-Anstalt, welche, wie ich schon voriges Jahr berichtet habe, etwa eine Viertelstunde östlich von der Stadt, unsern der nach Volkenhain führenden Chaussee, über dem höchsten und steilsten Boberufer stattdlich emporsteigt, reist ihrer Vollendung entgegen. Es soll bereits sehr viel Glashs bei ihr zum Kösten angemeldet worden sein. — Aus der hiesigen Spinnschule ist ein Strähn Garn, von einem 12jährigen Mädchen gesponnen, zu Berlin in der Kammer vorgezeigt worden und hat allgemeinen Beifall gefunden. — Die eine kleine Stunde von der Stadt östlich am Bober liegende berühmte Papierfabrik zu Eichberg ist vor einer Woche an den Hof-Buchdrucker Decker in Berlin verkauft worden. — Von dem Maskenball in der Zeitungshalle sind Wirth und Gäste höchlich befriedigt. Es war ein buntes, fröhliches, gemüthliches Treiben. Stundenlang konnte man sich ergötzen. Einen Sitzplatz zu erwischen, hielt schwer. Werthun konnte mancher auch bei dem besten Willen nichts, weil im sich drängenden Getümmel kaum etwas zu erlangen war. — Wander, der vielbekannte, lebt in stiller Zurückgezogenheit und soll an einem Werke über Amerika arbeiten. Geistreich wird er darin die dortigen Zustände scharfsinnig auffassen und schildern und namentlich Auswanderungslustigen umsichtig auseinander setzen, wem eine Uebersiedelung an, wem abzurathen sei. Das Hauptthema wird wohl lauten: Die materiellen Interessen herrschen dort vor, das Geld regiert, die rohe Kraft wird gut bezahlt.

⊙ Oberschlesien, rechtes Oberufer. [Geselliges Leben. — Straßenbau. — Bodenkultur.] Der Eintritt in die Fastenzeit geschieht seit uralten Zeiten durch das goldene Portal der Freude und Lustbarkeiten, namentlich glänzender Bälle. Geschah es sonst, so in diesem Jahre noch weit auffallender und ausgezeichneter. Fast jede Stadt und irgend nur bedeutender Ort, wo die Hühner in Gluthwolken rauchen, Feischfeuer Tag und Nacht donnern und ihre gefährlichen Rivalen Walzwerke sich ansiedelten, sind dem glänzenden Vorgange der Hauptstadt glänzend und eifrig nachgefolgt. Von Königshütte und Gleiwitz an, bis herunter nach Kolonowska, Malapane, Guttens-

tag, Rosenberg u. s. w. überall Bälle mit zahlreichem Besuche, mit vielen materiellen Genüssen, mit überraschender Pracht. Die Pikeniers sind besonders gangbar und beliebt, wo jede Familie ihre wohlausgerüsteten Schüsseln und die Meisterstücke der Backkunst herbeibringt und die Tafel wie eine Kunst- und Industrieausstellung ausstaffiert. Die Musik hat sich überall in den kleinen Städten gehoben und ihre Leistungen genügen zu den veranstalteten Festlichkeiten. Arbeiter wie Arbeitgeber und Beamte haben es nicht versäumt, der angehenden Fastenzeit dadurch ihre Bedeutung zu geben und sich für die lange Zeit von 6 Wochen schadlos zu halten, vielleicht auch sich so erschöpft, um bis zur fröhlichen Osterzeit, die wieder den weiten Tempel der Freude öffnet, entbehren zu können. Eine Musikgesellschaft aus der Gegend von Karlsbad, welche die Kunst der Töne in ihrer Gewalt hat und überall in dem erwähnten Landstrich großen Beifall findet, wandert von Ort zu Ort, ergötzt in Konzerten und besüßelt bei Bällen auf das angenehmste die Füße zu Quadrillen und Kotillons, und wie sie alle die schönsten und lustigen Schwenkungen der Jugendwelt heißen mögen. An den Morgen und Nachmittagen ziehen dann die Buffertigen in minderem Glanze, oft nur im Alltagskleide, das Buch unter dem Arme, in die Kirche. Dies geschieht alltäglich, die Fastenzeit hindurch, in Dorf und Stadt! Nichts wird verabsäumt oder vergessen. Wiederum auch dann, wie, wann und wo es geht, getrunken, auch betrunken, gebettelt und gestohlen. So sind wieder mehrere räuberische Anfälle auf der Straße nach Kolonowska und Guttentag, unsern Malapane, vorgekommen. Früher war es in dieser Gegend sehr gefährlich zu reisen. Durch energische, umsichtige Maßregeln war dieses Unwesen für längere Zeit beseitigt worden. Mehrere büßen ihre Schuld auf ein paar Jahre Zehnte in dem großartigen Gefängnis zu Ratibor. Möchte auf gleiche Weise die Sicherheit auch jetzt bald hergestellt sein. Die verderbliche Bettelerei der Kinder, die sonst in Masse mit stürmender Geschwindigkeit Post- und andere Personenwagen auf der Straße von Malapane nach Oppeln, dicht bei ersterem Orte, nachliefen, hat glücklicherweise für diese Kinder und Reisende aufgehört. Sie hatten es zu einem hohen Grade der Reckheit und Unverschämtheit gebracht.

Chausseeanlagen werden ernstlich im oppelner, rosenberger und lublinsker Kreise in Betrachtung genommen, und die Angreifnahme von einigen ist schon im nächsten Frühjahr durch die Prämienbewilligung der königlichen Regierung zu Oppeln definitiv festgestellt, namentlich die, welche Rosenberg mit Oppeln über das ansehnliche Hüttenwerk Sausenber verbinden und sich bei Jellowa an die bereits schon fertige anschließen wird. Ebenso soll von Malapane aus nach Rakel eine anderthalbmileige Chaussee gebaut werden, die sich an die anschließen wird, welche von Oppeln nach Großtrehlitz führt. Wegen der Eisenerz- und Kalkfuhren ist diese Straße eine sehr frequente und wichtige. Lublinik soll ebenfalls durch eine Kunststraße mit Tarnow verbunden werden. Der langgenährte Plan, die Chaussee von Lublinik bis Herby an die polnische Grenze zu bauen, ist leider gescheitert. Die Aktionäre der malapane-guttentager Chaussee empfinden darüber großen Schmerz, und mit Recht, denn ihre Aktien sind sehr billig zu haben. Herrliche, schöne Aussichten für die, welche die Anwendung ihrer Arbeitskräfte suchen und schon sehnachtsvoll darauf harren; denn die Noth und der Mangel klopfen schon gewaltig an die Thür. Die Kartoffeln, die gewöhnliche Kost dahier, sind bei den Weibern aufgezehrt. Jammergehalten allerlei Geschlechts und Alters ziehen in Masse bettelnd und belastend umher. Abgesehen von der Wichtigkeit der durch die Chausseebauten dargebotenen Arbeit, gewinnt dadurch diese sonst so unzugängliche, unheimliche Gegend immer mehr an Verkehr und Freundlichkeit. Auch Grund und Boden, immer noch in einem sehr billigen Preise stehend, erhält dadurch einen höheren Werth. Hätten hier nicht die slavischen Elemente, vornehmlich die Sprache, so viel Bedenkliches und Abschreckendes, so würde noch mancher fleißige Niederschlesier für geringe Geldmittel Stellen erwerben können und im Ackerbau Wirksamkeit und Existenz finden. Die Bodenprodukte haben bei dem bedeutenden Bergbau und Hüttenwesen meist einen hohen Werth. Die Preise sind häufig hier höher, als in Niederschlesien. Ist auch der Boden abwechselnd, kommen auch viele dürftige Partien vor, so ist doch der bessere und fruchtbarere in überwiegender Menge vorhanden. Es fehlt oft nur an Industrie, ausdauernder Thätigkeit, Mäßigkeit, Energie und Intelligenz. „Es erbt Gewohnheit sich und Sitte wie eine alte Krankheit fort“, dies gilt recht hier in seiner vollen Wahrheit. Es dauert lange, und die Lente können es viele Mal sehen, und die Nützlichkeit kann ihnen so recht ins Auge fallen, ehe sie Muth fassen, den alten Weg und Schlandrian zu verlassen. Nur Gott behüte vor noch mehreren Feiertagen!

P. Aus dem trebnitzer Kreise. [Versehung.] Allgemein wird bedauert, daß unser bisheriger Kreis-Steuereinnahmer Herr Rechnungsrath Neugebauer, Hauptmann a. D., uns verläßt, da er nach Breslau versetzt worden ist. Wie man hört, soll ihm am 7. März ein Abschiedsdiner Seitens des Kreises veranstaltet werden. Wer zu seinem Nachfolger bestimmt ist, ist dem Referenten noch unbekannt. Herr Rechnungsrath Neugebauer, welcher durch 32 Jahre, während welcher er das erwähnte Amt im hiesigen Kreise verwaltete, sich allgemeine Achtung und Liebe erworben hat, empfiehlt sich den Gutsbesitzern, Gutspächtern, Gerichtsschöffen und Kreiseingesessenen in warmen Worten im Kreisblatt Nr. 8. Möge ihm in seinem neuen Wirkungskreise dieselbe Liebe und Achtung zu Theil werden, welche ihm im hiesigen Kreise so wohlverdient zu Theil wurde.

Korrespondenz-Partie

zwischen den Schach-Gesellschaften „Augustea“ zu Leipzig und „Concordia“ zu Breslau.

Weiß (Breslau).

Schwarz (Leipzig).

24)

D 5 — D 4 +

25) D 2 — E 3.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

[Aus dem Kunst-, Literatur- und Menschen-Leben.] In Berlin erscheint eine Sammlung ausgewählter Schriften des Dr. William Ellery Channing, besorgt von F. Schulze und A. Sydow. Channing ist Prediger in Boston. Er ist einer der geistreichsten unitarisch-theologischen Schriftsteller Amerikas. Was seine Werke auszeichnet, ist ein klarer Geist, praktisch gesunder Sinn, Gedankenfülle, und über Alles, das stiltliche Prinzip. — In diesem Jahre ist der zweite Jahrgang eines „schleswig-holsteinischen Musik Almanachs“ erschienen, herausgegeben von Ernst Gödders, reich an patriotischen Klängen, ärmlich in der äußeren Ausstattung. — Frederick Mollie Bugge in Christiania giebt eine Uebersetzung von Homer's Hilde in norwegischen Hexametern heraus. — Eine 11 Jahre alte Violonistin aus Venedig, Maria Serrato, hat sich in Hamburg öffentlich hören lassen und als Virtuosa gezeigt.

Das neueste dreiaktige Lustspiel von Balzac: Mercadet, das in Paris Abend für Abend unter großem Jubel gegeben wird, ist eine fulminante Gabel gegen den Börsenschwindel. Für die deutsche Bühne ist Mercadet bereits zwei Mal überseht, von Marr in Hamburg und von Bahn in Berlin. — Seit dem 15. Nov. 1851 erscheint in Paris, zweimal monatlich, eine Zeitschrift für alle Fortschritte der Daguerreotypie, unter dem Titel: La Lumiere, Revue de la Photographie. Redakteur ist Alexis Gaudin. — Ein berliner Referent wurde von dem jetzt dort weilenden Memoirenschreiber Dr. Herrmann Rothe zum Besuche seiner Vorlesungen eingeladen. Der Referent lehnte die Einladung freundlichst mit dem Bemerkten ab: seine Referentenpflicht zwingt ihn, die Vorstellungen des Friedrich-Wilhelms-Städtischen Theaters zu besuchen. Nämlich er nun an Herrn Rothes Vorlesungen Theil, so riskirte er, die in jenem Theater gegebenen Stücke im Kopfe zu behalten, und das hieße: sich selbst um den Verstand bringen! — Es giebt einzelne historische Stoffe, die das eigene Geschick haben, vielfach dramatisch bearbeitet worden zu sein, und immer wieder bearbeitet zu werden, ohne daß einer dieser vielen an ihnen gemachten Versuche besonders gelingen will. Hierher gehören namentlich: Agnes Bernauerin, Ulrich von Hutten, vor Allem aber Konrad von Schwaben. Letzterer Stoff ist mindestens bereits 12mal deutsch dramatisirt, und eben wird wieder bei Wilhelm Roth in Wiesbaden ein neuer Versuch angekündigt: Conrad von Schwaben. Ein Schauspiel von W. B. Scholz. — Die nächste italienische Opern-Saison am Kärnthnertheater in Wien wird drei neue Opern bringen, zwei: Nigoleto von Verdi, und Gaston di Chauley von Capocciatello, und eine komische: Il marito e Pamante (Gatte und Liebhaber) von Ricci. — Oesterreichische, namentlich wiener Zeitungen, drucken folgende Stelle aus der Preussischen Kreuzzeitung mit frohlockendem Hört! Hört! ab: „Die aus der politischen Tagesliteratur Bezug habenden Verordnungen des österreichischen Preßgesetzes enthalten zwar scharfe Vorschriften, erreichen aber lange nicht jenen Grad von äußerster Strenge, als deren Ausdruck die in Berlin projectirte Zeitungssteuer angesehen werden muß.“ — Wie in Königsberg zunächst, dann in Berlin und andern Orten, seit einigen Jahren die von der Nothwendigkeit gebotene Mode aufgekommen ist, alte Opern fürs Repertoire aus dem Staube der Bibliotheken hervorzufischen, so wird es auch jetzt in Paris nachgeahmt. Dieser Tage gab das zweite lyrische Theater die Oper: Bistandmiers von Devienne. Diese Oper ist aus dem Jahre 1792 und hat sich 20 Jahre auf dem Repertoire erhalten. — Belgien ist noch immer, wie es zu Rubens Zeit war, ein Goldland für die Maler. Wie Ende des 16. Jahrhunderts Albrecht Dürer sich erstaunt über den Eurass aussprach, den er bei seinem Kollegen Rubens fand, welcher auf fürstlichem Fuße lebte, so jetzt der Maler Julius Hüner aus Dresden, der kürzlich in Brüssel war. Verwoekhoven, der gefeierte Schafmaler, hat sein Atelier auf einer eigenen glänzenden Villa. Kaiser und Wapper lassen sich das Bild einer Dame in ganzer Figur und großer Toilette mit 15,000 bis 20,000 Franks bezahlen.

Neues Leben, eine Erzählung in 3 Bänden von Berthold Auerbach. Mannheim, bei Bassermann, 1851. — Berth. Auerbach ist nicht das, was man eine „glückliche“, eine „talentvolle“ Natur zu nennen pflegt, keiner von jenen fähigen Köpfen, fähig zu Allem, die da können, was sie wollen; er ist so glücklich, nur Gewisses zu können, aber in dem, was er leistet, steht etwas zu leihen, was kein Anderer so geben konnte. B. A. ist eine einseitige, in mancher Beziehung beschränkte, aber eben deshalb eine gesunde, kernige Natur, die in sich ihren festen Halt und eigenthümlichen Werth bewahrt, — ein Charakter, eine Spezialität.

Nur solche Menschen haben das Recht, bei dem, was sie thaten, auszurufen: Gott helfe mir, ich kann nicht anders! Jedes Buch, das sie schreiben, ist ein Stück ihres eigenen Lebens, und sie haben vor Allen den Anspruch, in ihren Werken zart und vorsichtig geprüft zu werden, denn das Urtheil trifft nicht eine mehr oder weniger ausgebildete Kunstfertigkeit, sondern das innerste Herz des Künstlers selbst.

Das was A. ist, ist er durch seine Vorgeschichten geworden, in denen endlich wieder einmal statt Abstraktionen, statt beliebiger Gedanken, ausgedacht von einem beliebigen Literaten, naturwahre Schilderungen wirklicher und lebensvoller Verhältnisse dem Volke dargeboten wurden, verklärt durch einen taktvollen poetischen Sinn, der die bunten Details zu harmonischer Wirkung zu gruppieren und Ideen der Zeit, nicht in tendenziöser Entwicklung, sondern in tief aus dem Volksleben herausgewachsenen Wahrheiten aufzufassen wußte. Es sind sinnige Genrebilder, die sich durch Freude und Theilnahme an den realen Dingen, durch liebevolles Eingehen in die Einzelheiten der Charaktere und ihrer Verhältnisse, durch anmuthig humoristisches Behagen am Dasein und jenen praktischen Sinn auszeichnen, für den es nichts Unangenehmes, aber eben deshalb einen so unendlichen Reichtum erfreulicher Lebenserscheinungen giebt. Gerade im Gegensatz zu der Weise, wie sonst Romane konzipirt werden, giebt A. nur Stoff, nur Anschauungen, nur Thatsachen, ohne sie durch theatralische Maschinerie zu äußerlichen Effekten herauszustaffeln; er wirkt nicht durch die Spannung der Neugier, aber auch nicht durch das Interesse weit ausgespannter psychologischer Entwicklung, die beide in jedem Momente des Kunstwerkes die Befriedigung erst im Folgenden erwarten lassen, sondern durch das Gefallen am Einzelnen, das stets in dem Geanzwärtigen schon den Leser fesselt und entzückt.

Bei diesem Grundcharakter Auerbach'scher Darstellung finden wir in den Vorgeschichten selbst schon eine feste Fortentwicklung desselben in dem Verhältnisse, das die Einzelheit, das Detail zu dem ganzen Bilde jeder Erzählung einnimmt. Da ist die erste, der „Dolpatsch“, nichts als ein anspruchslos Genrebild, die charakteristische Darstellung einer zufälligen individuellen Lebenserscheinung. Im „Härlin“ im „Lauterbach“ ist es schon ein zusammenhängendes Seelenleben; zu dem alle die einzelnen Züge sich aneinander reihen. In der „Frau Professorin“ dagegen tritt uns das Meisterwerk einer Novelle entgegen, die im höchsten Sinne des Wortes künstlerisch vollendete Darstellung eines sich anknüpfenden und abwickelnden Lebensprozesses entgegengelehrt, auf einander einwirkender Charaktere. Auch hier liegen keine weit ausgeholten Zergliederungen, keine ineinander greifenden Entwicklungen uns vor, sondern nichts als detaillirte Züge, individuelle Einzelheiten und doch alle in wundersam harmonischer Weise mit der Idee des Ganzen übereinstimmend und von ihr zu allgemeiner Bedeutung verklärt. Im „Lauterbach“ endlich tritt die Entfaltung einer Handlung, die dramatische Dialektik schon mehr hervor und sucht mit ihrer ersten Tendenz den Vorrang vor den anmuthigen Einzelheiten zu gewinnen. Es ist hier nicht mehr jenes harmlose Genre, jenes in sich ruhende Behagen am Detail, sondern fortschreitende Situation, den Schluß an die Voraussetzung, die Folgen an die That anreihend, Charaktere zur Entwicklung bringend von mehr als individueller Bedeutung, die den Anspruch machen, Träger allgemeiner Ideen zu sein.

Damit hatte A. die Entwicklungsstufen der Novelle durchlaufen; er war an die Grenze dieses Kunstgebietes angelangt und für neue weitere Intentionen, denen das Genrebild zu eng war, mußte er eine neue höhere Kunstform sich suchen. In diese Periode A's. fiel das Jahr 1848, für ihn persönlich an beugenden und erhebenden Erfahrungen mannigfachster Art vielleicht das reichste Jahr seines Lebens. Das Wogen innerer mächtiger Stimmungen unter dem Sturm welterschütternder Ereignisse drängte den Dichter zum Kunstwerk der That, zum Drama. Im Jahre 1849 vollendete er seine Tragödie „Andree Hoser“. Der Name erlaubt es uns hier nicht, auf die echt dramatische Intention, die tief tragischen Konflikte dieses Stückes einzugehen. Insofern der Versuch, wieder einmal ein deutsches Nationaldrama zu liefern, ist gescheitert, — schon an den volkreichen und künstlerischen Verhältnissen unserer Bühnen. Und so ist A. jetzt mit einer größeren, über den traulich engen Gesichtskreis seiner früheren Vorgeschichten in die unerschöpflichen geschichtlichen Konflikte der Zeit hinübergreifenden Erzählung hervorgetreten.

Sein „neues Leben“ schildert die Schicksale des Grafen Eugen, der, in der geistvollsten revolutionären Volkserhebung zum Tode verurtheilt, aus seinem Kerker entflohen, unter neuem Namen als Schullehrer auf dem Dorfe einen neuen mit Befriedigung erfüllenden Wirkungskreis sucht und findet: dieselbe hohe Religion des Humanismus, für die er in der großen politischen Bewegung von oben herab auf das Volk zu wirken vergeblich versucht hat, will er nun im Einzelnen und Kleinen von unten herauf zur Geltung bringen, um für den Miß, der durch ungelungenen Nationalleben geht, die Gebildeten vom Volke wie durch Meere trennend, die allmähliche Heilung anzustreben.

Uns alle, die wir für die schönen patriotischen Hoffnungen, die die letzten Jahre uns zerstört, kaum einen Trost haben außer einem seiner eignen Mäthigkeit sich bewußten großen Leiden, artikel oder einer pittoresken Nummer des berliner Witzblattes, mit welcher Weise muß uns der Ernst, die Liebe, das Vertrauen anmuthen, mit denen A. die Gedankenarbeit dieses Buches durchgeführt. Gegenüber den zerfahrenen Gemüthsabgaben und den unanmuthig verzagten Charakteren unserer öffentlichen Verhältnisse, wie wohlthuend tritt uns da die ungebogene Kraft, der unverwundliche Humor dieser hartnäckig gefunden, abgeschlossenen Dorfnaturen entgegen!

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

[Die Schwurgerichte und ihre Gegner. IV.] Wir haben bisher die vielfachen Angriffe, welche von gewissen Seiten her gegen die Wirksamkeit der Schwurgerichte in Deutschland gerichtet worden, stillschweigend gelten lassen, und nur die daraus gezogenen ungünstigen Schlussfolgerungen über den Werth und die Lebensfähigkeit des Instituts zu widerlegen gesucht.

Nun aber wird es Zeit, die Legitimation und die Autorität derjenigen ein wenig schärfer zu prüfen, welche sich zu Anklägern und Richtern einer zu Recht bestehenden, gesetzlich anerkannten und in ununterbrochener Wirksamkeit stehenden Institution aufwerfen.

Dieser Charakter der Schwurgerichte als einer legalen, staatlich anerkannten Autorität ist festzuhalten, wenn wir nicht dahin kommen wollen, das subjektive Meinen einzelner Unzufriedener nach aller Form Rechtsens zu Stande gekommenen Rechtsprüchen gleichberechtigt gegenüber zu stellen. Freilich muß es jedem Einzelnen unbenommen bleiben, auch gerichtliche Aussprüche seiner subjektiven Kritik zu unterwerfen. Gegen alle Principien staatlicher Ordnung wäre es aber, die Ergebnisse einer solchen subjektiven Kritik einem organisch zu Stande gekommenen Rechtspruch als Autorität gegenüber zu stellen oder gar den Werth der Rechtsprüche nach dem Grade ihrer Uebereinstimmung mit dieser subjektiven Kritik zu bemessen. Wenn ein förmlicher Rechtspruch subjektiven Meinungen dergestalt gegenübersteht, daß entweder auf der einen oder der anderen Seite ein Irrthum vorausgesetzt werden muß, so erfordert es das oberste Princip aller staatlichen Ordnung, den Irrthum auf der Seite der Subjektivität zu suchen. Soll die letztere dem konstituirten Rechte gegenüber als höhere Autorität zur Geltung kommen, so muß sie sich als der Ausdruck einer allgemeinen, festen Ueberzeugung legitimiren.

Wir glauben nun geradewegs bestreiten zu dürfen, daß eine solche allgemeine, übereinstimmende Ueberzeugung der Rechtsanschauung, die sich in den Aussprüchen der Schworenen bisher im Ganzen manifestirt hat, gegenübersteht. Vielmehr lassen sich alle Angriffe, welche bisher gegen das Institut gerichtet wurden, auf einseitige subjektive Auffassungen zurückführen.

Wie billig, richten wir unser Augenmerk zunächst nach derjenigen Seite, von welcher der Kampf gegen die Schwurgerichte am frühesten begonnen und am heftigsten geführt wurde, auf eine Partei der äußersten Rechten, welche in der Neuen Preuss. Ztg. ihren hauptsächlichsten Ausdruck gefunden und neuerdings in der ersten Kammer den ersten erfolgreichen Schlag gegen die Schwurgerichte geführt hat.

So weit die Abneigung dieser Partei gegen die Schwurgerichte lediglich auf einen volksthümlichen Charakter beruht und also der Ausfluß eines politischen Systems ist, kann sie hier gar nicht in Anschlag kommen, da wir es ausschließlich mit dem Geschworeneninstitute, als einem Organe der Rechtspflege, zu thun haben und für diese unsere Betrachtungsweise den Umfang, in welchem durch die Aussprüche der Geschworenen dem Principe der Gerechtigkeit genügt worden, allein maßgebend ist. Sofern aber auch die Angriffe dieser Gegner gegen die Gerechtigkeit einzelner Entscheidungen gerichtet sind, werden sie doch nur mit äußerster Vorsicht aufzunehmen und zu würdigen sein.

Der Parteilichkeit trübt den Blick des Beobachters und so dürfen wir auch von den politischen Gegnern der Schwurgerichte kaum voraussetzen, daß sie die angegriffenen Aussprüche derselben immer mit voller Unbefangenheit geprüft haben werden.

Wer an eine ihm von Haus aus verhasste Einrichtung mit der Tendenz herantritt, in ihren Gebrechen Gründe für ihre bei ihm principiell feststehende Verwerflichkeit zu finden, der wird überhaupt selten in die Verlegenheit kommen, das Gesuchte nicht zu finden. Leichter aber als irgendwo lassen sich Scheingründe gegen gerichtliche Entscheidungen anbringen. Ist doch gerade der Zweifel und die Ungewißheit der Ausgangspunkt jeder gerichtlichen Procedur. Ist es doch gerade die Aufgabe des Richters, die Verschiedenheiten der subjektiven Meinungen zu überwinden und in dem Rechtspruch eine höhere, objektive Wahrheit zu Tage zu fördern, so weit dies bei der Unvollkommenheit der menschlichen Erkenntniß möglich ist.

Wie leicht muß es da sein, an die zurückgesetzten Meinungen, die doch auch ihre Theil Wahrheit enthalten können, sich anzuklammern und das gewonnene Resultat — welches als Ausdruck einer innern Ueberzeugung niemals durch mathematische Formeln sich beweisen läßt — durch eine Menge von Gründen und Scheingründen in Frage zu stellen. Darum dürfte es uns nicht wundern, wenn die principiellen Gegner der Schwurgerichte einen unausgesetzten Kampf gegen die Entscheidungen der letztern selbst mit leidlichen Gründen zu unterhalten vermöchten.

Wie stumpf aber und gebrechlich sind bei alledem die Waffen, mit denen diese Art von Gegnern das Institut angreift.

Fast ausschließlich beschränken sich ihre Vorwürfe auf gewisse Freisprechungen in politischen Prozessen.

Hier aber tritt außer der Abneigung gegen das Institut selbst noch ein anderer Umstand verwirrend hinzu, welcher die Unbefangenheit der Prüfung nicht nur mindert, sondern fast aufhebt. Fast alle politischen Prozesse, die in neuerer Zeit vor das Forum der Schwurgerichte kamen, sind gegen Personen gerichtet gewesen, die in ihrer politischen Richtung derjenigen Partei, die wir hier im Auge haben, feindlich gegenüber standen. In den Augen dieser Partei waren daher die Angeklagten schuldig, ehe auch nur das Sachverhältnis ermittelt war. Ihre Gesinnung war ja schon ihre Schuld. Wurde es dafür noch thatsächlicher Belege, so würde der Hinweis auf die Haltung der Angeklagten, welche das Hauptblatt der Partei gewissen politischen Prozessen gegenüber annahm, ehe das Thatverhältnis auch nur in allgemeinen Umrissen zu seiner Kenntniß gelangt sein konnte. Man würde sich u. A. nur zu erinnern brauchen, in welcher Weise jenes Blatt über die Freisprechung eines Angeklagten von einer Beschuldigung effekte, die selbst der Vertreter des Staatsinteresses für ein Wundenstück erklärte. Und wenn auch das noch nicht genügt, dem wird die Erinnerung an eigene Erlebnisse Fälle genug in das Gedächtnis zurückrufen, in denen fanatische politische Gegner der Angeklagten über diese ein unbedingtes Verdammungsurtheil aussprachen, ohne auch nur die Beschuldigungen der Anklage, vielweniger die Resultate des aufgenommenen Beweises näher zu kennen.

Diese politische Parteilichkeit nicht befriedigt zu haben, gereicht den Schwurgerichten zu hohem Ruhme und ist in den Augen jedes Freundes der Gerechtigkeit eine Bürgschaft für ihren Werth und für die Reife des deutschen Volkes zur selbstständigen Theilnahme an der Ausübung der Rechtspflege.

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Welche liebenswürdigen Einzelheiten aus dem bunten Menschenleben, und welche fähnen, sicheren Messerschnitte in das faule Fleisch der Zeit! Welche tiefen Einblicke in die Konflikte des sich aufblühenden Rechtszustandes, und wieder welcher Reichthum fernhafter Wahrheiten, die uns Heilung für das zerrissene Herz des Volkeslebens vorbeihen! Vor allem, welche unschätzbaren Gedankenperlen über die Erziehung des Geschlechtes, das die Erbschaft unseres Strebens übernehmen soll. — Gedanken, wie sie kein pädagogisches System zusammen konstruiren, sondern nur die liebevolle fleißige Beobachtung des Dichters einsammeln konnte!

Und bei alle dem hat auch beschränkter Kritik sich nicht immer günstig über das Buch ausgesprochen, indem sie es als anspruchsvolles Kunstwerk, als Roman auffaßte. Das aber ist das „neue Leben“ nicht und will es nicht sein. Eine „Erzählung“ nennt A. das Buch, und als solche bietet es, was es bieten konnte: keine kunstvoll angelegten und ausgeführten Charaktere, aber köstlich naturwahre Gestalten; keine großen Scenen, in einander greifende Situationen, aber allerliebste genussvolle Züge; kein ergründendes Eingehen in die Gegenstände der Zeit, keine principielle Lösung derselben, aber unersiegbare Marimen, wie vom Himmel kommende Lichtblicke.

Freilich war A. nicht ganz unschuldig an jenem Verkennen seiner Absicht. Gegen seine sonstige Abneigung gegen alle Charlatanerie, umgibt er seinen Helden mit einem mysteriösen Nimbus aus der Kumpelkammer der mehr praktischen Romanschreiber, indem er ihn die noch nie gesehene Mutter suchen läßt. Aber auch hier kann die eheliche Natur A. sich nicht verleugnen und er weiß zu wenig mit diesem seinem Geheimniß Haus zu halten, als daß wir es nicht schon im ersten von den 3 Bänden errathen haben sollten.

Aber auch eine ernstere Bemerkung können wir über den ästhetischen Standpunkt dieses Buches nicht unterdrücken. Unser liebenswürdiger Dichter ist ein kleinwenig pedantisch geworden. Dem, wovon andere Schriftsteller durch die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre erlöst sind, ist A. durch den Ernst derselben verfallen: und was ihm früher so ganz fern lag, das müssen wir jetzt ihm vorwerfen, die Einseitigkeit der Tendenz.

Jene idyllische Naivität, die in der „Frau Professorin“ als schöne Individualität, als poetisches Genrebild so reizend war, erhebt A. hier zum Dogma, mit dem er die Probleme der Zeit lösen zu wollen scheint. Es dünkt uns eine etwas zu bequeme Sentimentalität, die Ergrünungen unserer ästhetischen und geselligen Bildung für die biedere Beschränktheit des Bauern-Lebens aufzugeben, besonders in einem Romane, in dem der Gegensatz zu diesem, die große Welt der „teppichunterbreiteten Existenzen“, nicht schärfer und abschreckender in ihrer Zersahrenheit und Oberflächlichkeit geschildert ist, als das in dem „neuen Leben“ der Fall ist, dessen Neuheit und deshalb nicht völlig befriedigend entgegentritt, weil wir das gesohene alte in seiner Unbefriedigtheit nicht kennen lernen.

Aber auch aus einer solchen Einseitigkeit erkennen wir die edle Natur des Dichters, denn was in ihm sein rein ästhetisches Kunstgefühl überwucherte, das war die Mahnung der brennenden Fragen der Zeit. Es ist ein Zeichen von tieferer Bedeutung, wenn ein solcher „Charakter“, der früher beschaulich, ja jugendlich war, nun mit Heftigkeit und Bitterkeit auftritt. Auch das, was von politischen Stimmungen aus dem Buche hervorgeht, ist bei A. mehr als die Ansicht, die Meinung eines Einzelnen, sondern eine bedeutsame Thatsache, eine Erscheinung, die Aufmerksamkeit und Verständnis verlangt. In A. und in seinem „neuen Leben“ insbesondere liegt ein Stück Volksverstand verkörpert, das auch der beachten und begreifen lernen muß, der vielleicht ein viel zu gelehrter Politiker ist, als daß er damit übereinstimmen könnte! R. Gieseke.

* [Die mozarabische Liturgie.] Die nachstehenden Aufschlüsse über den mozarabischen Ritus, von dessen Wiederbelebung in Spanien jüngst die Rede war, verdanken wir gütiger Mittheilung eines hiesigen geschätzten Gelehrten. — Unter dem Namen mozarabische Liturgie ist derjenige Ritus zu verstehen, nach welchem die christlichen Kirchen in Spanien in früherer Zeit und bis zur Einführung des römischen Breviers und Missals ihren Gottesdienst feierten. Der Jesuit Belser, in der Vorrede zu seiner weiter unten anzuführenden Ausgabe der mozarabischen Liturgie, will beweisen, daß dieselbe aus dem apostolischen Zeitalter herstamme. Könnte aber auch zugegeben werden, daß sich in derselben noch Ueberbleibsel aus den Zeiten der Einführung des Christenthums in Spanien vorfinden mögen, so ist doch mit Gewißheit anzunehmen, daß sie ihre spätere Gestalt erst nach Einwanderung der Westgothen (470) aus der französischen Provinz Languedoc, durch die von denselben mitgebrachten Liturgien und durch die mannigfaltigen Verbesserungen, Auslassungen und Zusätze der spanischen Bischöfe erhalten habe, deren Zahl zur Zeit des zu Elvira (zerstört; in der Nähe von Granada) zu Anfang des vierten Jahrhunderts abgehaltenen Concils schon auf 19 angewachsen war. Auf diese Weise mußten sich bedeutende Abweichungen in dem Ritus der verschiedenen Diöcesen einschleichen, und im vierten zu Toledo 633 gehaltenen Concilium, war es eine Hauptforge des h. Isidorus, dessen Ansehen das meiste galt, der spanischen Liturgie eine feste und einformige Gestalt zu geben. Darum ist er oft als der Urheber der mozarabischen Liturgie betrachtet worden, obgleich er nur sichtet, säuberte, ordnete und sich auf die Redaction des vorhandenen Materials beschränkte. In diesem Sinne müssen die auf dem weiter unten anzuführenden Titel stehenden Worte: secundum regulam S. Isidori verstanden werden. In der Gestalt, welche die spanische Liturgie damals durch die Bemühungen des h. Isidorus erhielt, ist sie auch später verblieben bis zum Jahre 1080. Die Päpste, welche schon bei früheren Gelegenheiten über die Abweichungen des spanischen Ritus vom römischen ihr Mißvergnügen zu erkennen gegeben hatten, begannen um jene Zeit alles Ernstes an Herstellung der Einheit in der christlichen Kirche auch von dieser Seite zu arbeiten. Am kräftigsten waren die Bemühungen Gregors VII. Aber erst nach einem dreißigjährigen Widerstande gelang es den Päpsten Alexander II., Gregor VII. und Urban II., in Spanien das römische Brevier und Missal einzuführen und die mozarabische Liturgie zu beseitigen.

Was die Benennung mozarabisch anbelangt, so stammt sie erst aus den Zeiten der Unterjochung Spaniens durch die Mauren (seit 711). Die spanischen Schriftsteller meinen (cf. Nat. Alex. H. E. ed. Mansi. Bingen 1787. Vol. X. p. 380. XI. p. 164), es sei diese Benennung im Munde des Volkes durch Corruption aus Mixtarabes, (Mostarabes, Mozarabes, Mozarabes) entstanden. Die Christen, welche Unterthanen der Mauren geworden, hätten ihren Glauben und ihre Gebräuche beibehalten, sei es nun, daß sie in den Gebirgen von Castilien und Leon, wohin sie sich zahlreich geflüchtet, oder in Städten gewohnt, nachdem sie die Erlaubnis zur freien Religionsübung durch Kapitulation erhalten. Diese Christen wären Mixtarabes (unter die Araber gemischt) genannt worden. Nach Potodé (Spec. hist. Arabum. Oxon. 1650. p. 39.) hingegen wäre das Wort mozarabisch von einer arabischen Wortform abzuleiten und bedeute so viel als eingepfropfte Araber. Das Wörterbuch der spanischen Akademie giebt über die Ableitung des Wortes keine Auskunft; es sagt bloß: Mozarabe adj. que se aplica al cristiano que vivió antiguamente entre los moros de Espanna, y mezclado con ellos. Aplícase tambien al oficio y misa que usaron entonces que aun se conserva en una capilla de la catedral de Toledo que se llama mozarabe.

Um diese mozarabische Liturgie, als eine ehrwürdige Antiquität, der Vergessenheit zu entreißen, stiftete der um die Wissenschaften in Spanien hochverdiente Cardinal Ximenes zu Toledo in der Kathedrale seines Erzbisthums eine Kapelle, in welcher Officium und Messe nach mozarabischem Ritus gefeiert werden sollte, was auch bis auf die neuesten Zeiten herab geschehen ist. Im Jahre 1500 ließ er zu diesem Behuf ein mozarabisches Missal (Missale mixtum secundum regulam b. Isidori, dictum Mozarabes. Toleti, Pet. Hagenbach. 3. Jan. 1500), und im Jahre 1502 ein dergl. Breviarium (Breviarium secundum regulam b. Hysidori ib. id. 25. Oct. 1502), beide in Klein-Folio-Druck. Da sich der Gebrauch derselben nur auf die von ihm gestiftete Kapelle beschränken sollte, so hatte er nur eine kleine Anzahl Exemplare abziehen lassen. Aber sie fanden so viele anderweitige Liebhaber, daß sie zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts schon höchst selten geworden und nur zu ungeheuren Preisen zu haben waren. Deshalb wurden neue Abdrücke veranstaltet, (Liturgia antiqua, Hispana, Gothica, Isidoriana, Mozarabica, Toletana, mixta, per. I. Pinium. Romae 1746. f. II Vol. Missale mixtum, secundum regulam S. Isidori, dictum Mozarabes, praefatione notis et appendice ab Alex. Lesloe ornatum Romae 1755. 4. II vol. Missale mixtum etc. opera et impensa Fr. Ant. Lorenzana. Romae 1804. f. Breviarium gothicum sec. reg. S. Isidori etc. op. Fr. Ant. Lorenzana recognitum. Madriti, Ibarra 1775 et 1788 f.)

Wenn daher in den Zeitungen ohne Weiteres gesagt wird, daß man in Spanien die mozarabische Liturgie wieder einführen wolle, so kann dies nur auf jene Kapelle bezogen werden, in welcher man, um die Stiftung jenes, um seine Zeit hochverdienten Mannes zu ehren, die alte Form des Gottesdienstes wiederherstellen wolle. Wenn und bei welcher Gelegenheit während der letzten Stürme der mozarabische Gottesdienst in der Kapelle zu Toledo eine Unterbrechung erfahren habe, ist uns nicht bekannt geworden.

Zweite Beilage zu No. 65 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 5. März 1852.

(Fortsetzung.)

Um so erfreulicher ist diese Erscheinung und um so haltloser und widerspruchsvoller erscheinen die principiellen Angriffe gegen das Institut in Betreff seiner Wirksamkeit in politischen Prozessen, als die Partei, aus deren Reihen die meisten Gegner sich erheben, bei der Zusammensetzung der Schwurgerichte sich über Zurücksetzung wahrlich nicht beklagen kann.

Schon das Gesetz sichert ihren Genossen durch die Begrenzung der Qualifikation zum Geschwornendienst eine vorzugsweise Berücksichtigung. Den Behörden aber, denen die Feststellung der Listen und die Auswahl der Geschworenen obliegt, wird man wenigstens nicht nachsagen, daß sie dabei die Anhänger oppositioneller Richtungen zum Nachtheile Jener, welche den Ruhm der Loyalität vorzugsweise für sich in Anspruch nehmen, ungebührlich begünstigen. Hat also jene Partei in den Geschworen-Kollegien nicht immer die Majorität gehabt, so ist sie doch mindestens stets so stark vertreten gewesen, daß ihre Mitglieder bei einiger Tüchtigkeit und bei einiger Haltbarkeit ihrer Sache eines bedeutenden Einflusses hätten sicher sein können.

Wenn die Partei demohnerachtet jede Freisprechung durch solche Geschworen-Kollegien als einen Akt schreiender Ungerechtigkeit in das Sündenregister der Schwurgerichte einschreibt, so fällt wenigstens ein erheblicher Theil der Anklage auf sie selbst zurück.

Der unparteiischen Prüfung freilich verwandelt sich diese Anklage in eine Ehrenrettung der einzelnen Männer jener Partei.

Sie schreien: „Kreuzige ihn,“ so lange sie von Außen her, ohne sich in das That-Verhältniß mit Hingebung zu versenken und ohne durch den Ernst ihrer Pflicht an gewissenhafte Prüfung gebunden zu sein, sich dem Angeklagten als politische Gegner gegenübergestellt finden. Haben sie aber den ernstesten Schwur geleistet, einen gerechten Spruch zu fällen zwischen dem Angeklagten und dem Gesetz, so steigt die Stimme des Gewissens über die Befangenheit der Partei-Leidenschaft. Sie wagen sich nicht der Prüfung zu entziehen und mit der Prüfung stellt sich der Zweifel ein. So mögen manche Wahrsprüche konservativer Geschworenen vom reinsten Wasser entstanden sein, welche die draußenstehenden Parteigenossen von ihrem einseitigen Standpunkte aus nicht zu begreifen vermochten.

Gewinnt es daher nicht fast den Anschein, als läge in dem Verlangen jener Partei, die Aburteilung der politischen Vergehen den Geschworenen zu entziehen und den gelehrten Richtern zu überweisen, eine gewisse Furcht vor ihrem eigenen Gewissen und als wollte sie den Richtern denjenigen Schutz ihrer Partei-Interessen zuwälzen, welchen sich selbst in erwünschtem Maße zu gewähren das Gewissen ihr nicht gestattet?

Das öffentliche Interesse spricht gewiß nicht dafür, dem Richterstande ein solches Odium aufzubürden.

Wir sind weit entfernt, alle Aussprüche der Geschworenen unanfechtbar zu finden. Aber auch die Gerichte fassen gar manches Erkenntniß ab, das in höhern Instanzen wieder vernichtet wird und ob — wenn es möglich wäre, zwischen ihnen und den Geschworenen Abrechnung zu halten — das Gewicht der Waagschale auf diese oder jene Seite sich neigen würde, möchte gar schwer zu entscheiden sein.

Sicherlich aber darf die Partei-Leidenschaft nicht zum Richterspruche über Richtersprüche zugelassen werden.

Berlin. Das alte Strafrecht enthält über Pflichtverletzung der Aerzte und Wundärzte nur an zwei Stellen Strafvorschriften. Zuerst im achten Abschnitt, wo sie verpflichtet werden, Familiengeheimnisse zu bewahren, und noch zu begehende Verbrechen, die sie ohne Beihilfe der Obrigkeit nicht verhindern können, zur Anzeige zu bringen. Sodann im elften Abschnitt, wegen vernachlässigter Hilfe zur Rettung von Scheintodten. Uebrigens standen ihre dienstliche Handlungen unter den allgemeinen Strafbestimmungen und folgten namentlich der in der Einleitung behandelten Lehre von der Theilnahme an Verbrechen. Ein wahrheitswidriges Zeugniß über die Krankheit oder den Tod eines Menschen war also z. B. nur dann kriminell strafbar, wenn Seitens des Arztes eine gewinnstüchtige Absicht dabei vorwaltete, und wenn es wirklich zur Ausführung eines Verbrechens ausgeht war. Ohne diese Merkmale zogen unrichtige ärztliche Zeugnisse nur ein Disziplinarverfahren nach sich, welches die Regierung, in Berlin das königl. Polizei-Präsidium, einzuleiten und zu führen hatte. Es ist bekannt, wie häufig sonst ein ärztliches Krankheitszeugniß von den Parteien dazu benutzt wurde, um, sowohl in Civil- als Kriminalsachen, Termine verlegen zu lassen, weil ihnen gerade die Zeit nicht bequem war, oder auch nur, um Aufschub zu gewinnen. Die Unterschrift eines praktischen Arztes war, um diesen Zweck zu erreichen, vollkommen genügend; eine weitere Feststellung wurde niemals für nöthig gehalten.

Das neue Strafgesetzbuch hat nun aber folgende strenge Vorschriften aufgenommen:

§ 257. Aerzte, Wundärzte oder andere Medizinalpersonen, welche unrichtige Zeugnisse über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Gebrauche bei einer Behörde oder Versicherungsgesellschaft wider besseres Wissen ausstellen, werden mit Gefängniß von drei bis zu achtzehn Monaten, sowie mit zeitiger Unterjagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.

§ 258. Wer, um eine Behörde oder eine Versicherungsgesellschaft über seinen oder eines Andern Gesundheitszustand zu täuschen, von einem Zeugnisse der in den §§ 256 und 257 erwähnten Art Gebrauch macht, wird mit Gefängniß von einem Monate bis zu einem Jahre bestraft; auch kann gegen denselben auf zeitige Unterjagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Seitdem wird es mit den Krankheitszeugnissen der Aerzte sehr streng genommen. Namentlich in Kriminalsachen beruhigt sich die Staatsanwaltschaft fast niemals bei einem solchen Zeugnisse, sondern läßt vielmehr regelmäßig eine Superrevision durch den Physikus anstellen. Ein solcher Fall ist der folgende:

In einer Wucherprozeßsache wurde der Kaufm. Levy zu einem auf den 2. Dez. v. J. angeordneten Audienztermine vorgeladen. Er befand sich nicht wohl und erhielt auf sein Ansuchen von einem hiesigen Arzte ein Attest, dahin lautend, daß er von einem rheumatischen Fieber befallen sei und Zimmer und Bett nicht verlassen könne. Dieses Attest reichte er, behufs der Protaga, am 2. Dez. ein. Die Staatsanwaltschaft schenkte dem Atteste keinen Glauben. Auf ihren Antrag wurde der gerichtliche Physikus, Geheimrath Dr. Casper, beauftragt, den Zustand des Levy zu untersuchen. Dr. Casper begab sich am 5. Dez. zu diesem, fand ihn gesund und sprach in seinem zu den Akten eingereichten Gutachten aus. In Folge dessen wurde der erwähnte Levy wegen wissenschaftlicher Ausstellung falscher Zeugnisse, Levy aber wegen vorsätzlicher Täuschung des Gerichts in Anklagestand versetzt. In dem am 24. d. M. angeordneten Termine wendete der Anklagsteller ein, daß die Krankheit des Levy, welche er am 2. Dez. bescheinigt habe, von der Art gewesen sei, daß sie recht wohl am 5. Dezember, an welchem Tage Dr. Casper den Levy untersucht, verschwunden gewesen sein könne. Die beiden Angeklagten wurden konfrontirt, und Dr. Casper begutachtete, nachdem ihm vom Angeklagten die Symptome der Krankheit vorgetragen waren, daß letztere allerdings von der Art gewesen, daß sie am 5. Dezember hätte verschwunden sein können, und daß er nicht den geringsten Grund zu glauben hätte, daß sich der

Angeklagte bei Ausstellung des Attestes in mala fide befunden habe. In Folge dieses Gutachtens wurden beide Angeklagte freigesprochen. (Publ.)

Kürzlich hat das Obergericht in einer Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung den Grundatz ausgesprochen, daß in allen derartigen Untersuchungen, so weit sie zur Kompetenz der Geschworenen gehören, die letzteren auch darüber zu entscheiden haben, ob der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Handlungen oder Äußerungen in der Absicht unternommen, resp. gethan, um die Ehrfurcht gegen den König zu verletzen. Es genüge dagegen nicht, wenn sie nur darüber befinden, ob der Angeklagte die Handlung gethan oder die Äußerung ausgesprochen habe.

W. [Zur Nachachtung und Schadenverhütung beim Verlag von Kirchen-Gesangbüchern.] Es ist amtlich zur Sprache gebracht worden, daß bei neuen Auflagen von Gesangbüchern, welche auf Grund der ihnen gewährten Konzession bei evangelischen Gemeinden im kirchlichen Gebrauche stehen, Fälle vorkommen, daß die betreffenden Verlagsunternehmer allerlei Veränderungen darin vornehmen lassen, ohne nach Gebühr zu berücksichtigen, daß solche Gesangbücher durch ihre Verstattung zum gottesdienstlichen Gebrauche Kirchenbücher geworden sind, welche, sobald sie willkürliche Aenderungen erfahren haben, nicht mehr für dieselben, denen die kirchenregimentliche Autorisation gewährt worden, gehalten und daher nach Befinden beiseite geworfen können. Eine Verfügung des königlichen Konsistoriums für die Provinz Schlesien macht demgemäß den Superintendenten zur Pflicht, diesem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und jeder subjektiven Willkür hierin entgegenzutreten.

Ämtliche Verfügungen und Bekanntmachungen.

Im Staats-Anzeiger Nr. 54 veröffentlicht der Kultusminister eine Circular-Verfügung vom 10. Februar, worin die Regierungen unter Mittheilung einer Schrift des Predigers Goltzsch „über Einrichtungs- und Lehrplan für ein-klassige Dorfschulen“ zur gutachtlichen Berichterstattung über die darin gemachten Vorschläge aufgefordert werden. Wir theilen die wesentlichen Bestimmungen dieser Verfügung in Nachfolgendem mit:

„Es ist hier aus dem unmittelbaren Leben der ländlichen Bevölkerung und der Schule selbst heraus als eine thatsächliche Erfahrung ausgesprochen und nachgewiesen, was bereits seit längerer Zeit theils unklar, theils vereinzelt als Ansicht sich geltend zu machen gesucht hat, daß nämlich der Unterricht in der Elementarschule in der ihm seit mehreren Decennien gewordenen theoretischen Entwicklung und Richtung nicht nur vielfach den Boden des unmittelbaren praktischen Lebens in Familie, Kirche und Staat verlassen und deshalb den berechtigten Bedürfnissen und Anforderungen auf diesen Gebieten nicht überall Genüge leiste; sondern daß auch die äußere Einrichtung der Elementarschule an die Zeit und Kraft der Jugend Ansprüche mache, welche sie zum großen Nachtheil ihres innern Gedeihens mit nicht wegzuräumenden Bedingungen des häuslichen Lebens und der Arbeit in Konflikt bringe. In letzterer Beziehung liefern die sich stets erneuernden Klagen über mangelhaften Schulbesuch, über die Nothwendigkeit der Einrichtung von sogenannten Sommerschulen und über die Verwilderung der dem Schulunterricht zum Theil ganz entzogenen Kinder, welche zum Einzelnhalten des Viehes gebraucht werden, einen Beweis dafür, daß die Institutionen, welche das Bedürfniß der Gesamtheit befriedigen sollen, sich den unabweislichen Bedingungen des Lebens und der Existenz der Letzteren, so weit, wie irgend zulässig, anschließen müssen, wenn nicht über dem Streben nach einem doch nicht zu erreichenden Ideal für das große Ganze die nothwendigsten und unentbehrlichsten Resultate veräußert werden sollen.“

In der vorliegenden Schrift wird der Vorschlag gemacht, den hier in Betracht kommenden Mängeln der bisherigen Einrichtung des Elementar-Unterrichts auf der einen Seite durch Verrückung der täglichen Unterrichtszeit für das einzelne Kind in der Art, daß die Gesamtzahl der Schüler in zwei Altersstufen getrennt und diese abgesondert unterrichtet werden; auf der andern Seite durch angemessene Vereinfachung und Concentration des für die Elementarschule gehörigen Unterrichtsstoffes zu begegnen. In beiden Beziehungen bedürfen die ausführlichen Vorschläge um so weniger einer weiteren Beleuchtung, als sie nicht Theorien, sondern Resultate bereits angestellter praktischer Versuche sind. Ich wünsche aber die Frage über die Anwendbarkeit und Ausführbarkeit dieser Vorschläge im Allgemeinen einer gründlichen, die provinziellen und lokalen Bedürfnisse und Verhältnisse berücksichtigenden Erörterungen unterzogen zu sehen.“

Dieselbe Nr. des Staats-Anzeigers enthält ein Erkenntniß des königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 10. Januar 1852 — betreffend die Unzulässigkeit des Rechtsweges über die Frage: zu welcher Gemeinde ein Grundstück gehört.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 3. März. [Industrie-Ausstellung.] In der heutigen Sitzung des Central-Ausschusses der schles. Industrie-Ausstellung referirte der Vorsitzende der Kommission für Sekretariat und Presse, Hr. Carlo, über die gemachten Anmeldungen nach Zahl, Umfang, Raumverforderniß u. s.; selbst bei der wahrhaft großartigen Masse der Anmeldungen wird dafür Sorge getragen werden, daß das Industrie-Ausstellungsgebäude den genügenden Raum für die Ausstellungsgegenstände biete.

Ueber einzelne Fragen der Sachkommission faßt der Central-Ausschuß Beschlüsse. Die Insertion des pensionirten Polizeiergeanten Wandel in Nr. 62 der Schlesischen und Breslauer Zeitung in Sachen der Ausstellung u. s. bei der Industrie-Ausstellung wird als gänzlich unbefugte crachtet, und die bereits erfolgte Erwiderung des Sekretariats mitgetheilt.

Hierauf werden Mittheilungen über die Verhandlungen der Ausstellungskommission in der Sitzung vom 27. v. M. gemacht, deren wesentlichster Theil die Veranstaltungen wegen Sicherung der Ausstellungsgegenstände vor Feuergefahr ausmachte, nachdem die Kommission sich konstituirte und zum Vorsitzenden Hr. Oberbürgermeister Elwanger, zu dessen Stellvertreter Hr. Direktor Gebauer, zum Schriftführer Hr. Literat Carlo, zu dessen Stellvertreter ein Mitglied des Sekretariats, zu Beauftragten des Baues: Herr Garnison-Baudirektor Hauptm. v. Grumbkow und Hr. Bauath Studt gewählt worden. *) — Hr. Stadtrath Palvermacher macht schließlich Mittheilungen über den weiteren Fortgang alseitig sich mehrender Zeichnung der Voranschlagshefte.

§ Breslau, 4. März. [Zur schlesischen Industrie-Ausstellung.] Es ist nun fast die Gewißheit vorhanden, daß die schlesische Industrie in vollem Umfange bei der bevorstehenden Ausstellung vertreten sein wird. Schon jetzt beläuft sich die Zahl der Aussteller auf 400, welche Zahl als sehr bedeutend betrachtet werden muß, wenn man bedenkt, daß der Termin der Anmeldungen bis zum 15. April fortläuft und daß die meisten Aussteller mehrere Gegenstände angemeldet haben. (Die Anzahl der angemeldeten Gegenstände beläuft sich über 1800.)

Unsere neuliche Hinweisung auf das Wünschenswerthe einer recht vollständigen Vertretung der schlesischen Flachs-Kultur hat einen erfreulichen Erfolg gehabt, es sind vielseitige Anmeldungen in dieser Beziehung eingegangen und mehr gewiß noch zu erwarten.

Nur die Runkelrüben-Zucker-Fabrikation hat sich noch nicht so, wie es sein sollte, betheiligert und doch ist dieser Industrie-Zweig in Schlesien ein sehr bedeutsamer.

*) Vergl. die Mittheilung hierüber in Nr. 62 der Bresl. Ztg.

Es ist zu hoffen, daß die Säumigen sich recht bald mit den Anmeldungen einstellen werden; Hinderungsgründe sind bei der Großartigkeit dieser Anstalten wohl kaum denkbar und eine Läßigkeit im eigenen Interesse dieser Unternehmungen wohl nicht vorauszusetzen.

Ebenso vermessen wir noch recht umfangreiche Anmeldungen unserer Kunstreichen und fleißigen Gold- und Silber-Arbeiter und Juweliere, namentlich der Breslauer. So sehr diese Gegenstände der Ausstellung gewiß zur schönsten Zierde gereichen werden, ebenso sehr liegt die Exposition derselben im Interesse der kunstfleißigen Produzenten, namentlich bei dem zahlreichen Besuche angesehener Fremden.

Was die Ausschmückung des Glaspalastes betrifft, so dürften die Kunstwerke zweier schlesischer Künstler von mehr als deutschem Rufe die größte Zierde bilden und allein viele Kunstfreunde von nah und fern herbeiziehen. Es ist nämlich Aussicht vorhanden, daß die beiden berühmten Künstler Kalide und Riß zwei ihrer Statuen (Hr. Kalide die „Bachantin“) einschicken werden, eine Nachricht, die gewiß von allen schlesischen Kunstfreunden mit großer Freude vernommen werden wird.

Für die Ausstellung sind ferner angemeldet worden von:

Rittergutsbesitzer v. Prittwitz auf Casimir: Gewaschene und ungewaschene Wollbliese, Kaufmann Alb. Heise in Brieg: 1 Musterkasten mit Cigarren, eigener Fabrik, aus amerikanischen Blättern.

Korbmachermeister Hirte hier: 1 Laube von Rohr mit Springbrunnen, einem Tisch, auf welchem derselbe entspringt, nebst 1 Sopha und 6 Stühlen von Rohr.

Eisenhütten- und Emaillewerk Neusalz a. D.: 1 Kartoffelquetsch-Maschine, 1 Hackselmaschine, 4 gußeiserne Fenster, 1 Sortiment email. Kochgeschirre.

Zuckerfabrik zu Roswade bei Leschnitz: 4 Brode Hutzucker verschiedener Qualität. Freigutsbesitzer Joh. Hilge aus Knispel, Kr. Leobschütz: Proben von geschwungenem und gehacktem Flach.

Schuhmacher Wilh. Pätzsch hier: 1 Paar Stiefeln, 2 Paar Schuhe.

Hüttenbesitzer E. Sachs jun. aus Guttentag: Verschiedene Sorten Eisen von der Johannshütte.

Sattlermeister Lückheim in Guttentag: 1 Lehnstuhl.

Schichtmeister Kneifel aus Waldenburg: Anthracitkohle von der Christ.-Gottfr.-Grube zu Tannhausen.

Lohgerbermeister W. Trautwein aus Bernstadt: 1 Fahlleder und 1 braunes Kalbsfell.

Kantor E. Kloss aus Bernstadt: 1 neue Violine, groß Format.

Schuhmacher Wilh. Jänisch aus Bernstadt: 3 Paar Herrenstiefeln.

Tuchfabrikant Borngäber aus Bernstadt: 1 Stück kariertes Halbtuch, 1 Stück kariertes Flanell.

Weißgerbermeister Plöcke aus Bernstadt: 15 Glaceleder von Schaf-, Lamm- und Zickleider.

Schlossermeister Schubert aus Bernstadt: 1 französisches Hausrückenschloß, 1 Vorlesgeschloß.

Lohgerbermeister Jul. Trautwein aus Bernstadt: 1 Deutsch-Brandsohlenleder, 1 Wild-Brandsohlenleder.

[Maschine zum Noppen und zur Appretur von Merinos aller Art.] Es ist bekannt, daß die Gewebe, welche aus Kammwolle oder aus dieser und Baumwolle fabriziert worden sind, sowie viele andere gewebte Stoffe, nach ihrer Anfertigung noch eine Menge Knoten und sonstige Unebenheiten zeigen, von denen man sie gewöhnlich mit der Hand durch die Operation des sogenannten Noppens reinigt. Man hat jetzt eine Maschine konstruiert, welche diese Arbeit verrichtet und die Zeuge noppet und appretiert, sobald sie den Webstuhl verlassen, und die Knoten, Unregelmäßigkeiten und überflüssigen Theile durch eine einzige Operation entfernt. — Diese Maschine besteht aus zwei mit gestoßenem Glase, nach Art des Glasmirgels oder sonstigen Polierpapiers, bedeckten Walzen. Der Zweck dieser Vorrichtung ist, eine scharfe Oberfläche zu erhalten, welche durch Reibung die Knoten und Unebenheiten der Gewebe hinwegnimmt. Das Gewebe, auf welches man wirken will, ist auf eine Walze aufgerollt, welche mit einer Bremsvorrichtung versehen ist, um ihre Bewegung nach Belieben mäßigen zu können. Von dieser Walze geht es zwischen zwei Zylinder, von denen der eine frei auf den andern drückt, sodann auf eine dritte Walze, hinter welcher es dem mit Glaspapier bedeckten Zylinder ausgesetzt wird. Von da geht das Gewebe wieder zurück, um von Neuem die Wirkung eines zweiten mit Glaspapier bedeckten Zylinders zu erfahren. (Deutsche Gewerbezeitung.)

C. Breslau, 4. März. [Produktenmarkt.] Die Spekulation ist in diesen Tagen, nachdem sie sich vom ersten Schrecken über die Aufhebung der Eingangsölle erholt zu haben scheint, eifrig damit beschäftigt, diese Maßregel als den Grund zu einer neuen größeren Preissteigerung zu schildern und ist der Meinung, durch rasche Einkäufe einiger hundert Wispel Getreide, die zu den zuletzt bestandenen Preisen gemacht wurden, dem mächtigen Strome Einhalt gebieten zu können, der jetzt unaufhaltsam über ihr künstliches Gebäude fortrollt und die Unebenheiten ausgleichen wird, die hier übertriebene Spekulation, dort drückender Mangel erzeugt haben.

Mag auch der Zoll von 5 Sgr. pro Scheffel nicht so gewichtig erscheinen, so ist er doch genügend, um Massen Getreide vom Auslande bald hereinziehen zu können und die gewaltige Spekulation wird dann schwerlich im Stande sein, die angeregten Hoffnungen auf höhere Preise zu realisieren, wenn die Zahaber von Beständen mit diesen an den Markt kommen werden.

Unser Markt war auch heute in matter Haltung; die Zufuhr von Roggen mäßiger, als von den übrigen Cerealien und die gestrigen Preise suchten sich zu behaupten. Wir notiren:

Weizen, weißen, 60–70 Sgr., gelben 62–70 Sgr., feinsten 1–2 Sgr. höher.

Roggen nach Qualität 58–65 Sgr., feinsten 68 Sgr.

Gerste 41–49 Sgr.

Hafer 28–32 Sgr.

Erbisen 56–65 Sgr.

Kleesamen, bei schwachem Umsatz, fein rother 18–19 Thlr., ord. bis fein mittel 12 bis 16 Thlr., weißer feiner 13–14 Thlr., ord. bis mittel 8–11½ Thlr.

Rübsöl bleibt fortwährend matt, loco 9¼ Thlr. Br.

Spiritus gleichfalls ohne Handel, loco 12¼ Thlr. Br.

Zink ganz still, 4 Thlr. 9 Sgr. nominell.

Berlin, 3. März. Weizen, loco 63–67 Rtl., 89 Pfd. pommerischer vom Boden mit Bedingungen 65½ Rtl., 88½ Pfd. gelber mecklenburger schwimmend 65 Rtl. bez. Roggen loco 57½–60 Rtl., pr. Frühl. 57 u. 56½ verkauft, 57 Br., 56½ Gld., Mai-Juni 57½ verkauft u. Br., 57 Rtl. Gld. Gerste, gr. 40–43, H. 39–40 Rtl. Hafer loco 26–27, pr. Frühljahr 48 Pfd. 25½ Rtl., 50 Pfd. 26¼ Rtl. Erbsen 50–54 Rtl. Rapsaat, Winteraps 70–68, Wintererbsen 69–67, Sommererbsen 56–54 Rtl. Rübsöl loco, pro März und März-April 9¼ Br., 9¼ bez. u. Gld. Spiritus loco ohne Faß 26¼ Rtl. verk. mit Faß und per März 26¼ Br., 26 Gld., März-April 26¼ Br., 26¼ verk., 26 Gld., April-Mai 26¼–26 verkauft und dann wieder bis 26¼ bez., 26¼ Br. u. Gld., Mai-Juni 27 und 27¼ Rtl. bez., 27¼ Br., 27 Gld., Juni-Juli 28 Rtl. Br., 27¼ Gld.

Stettin, 3. März. Weizen mitter, 85 Ws. alter pommerischer loco 90, 91 Pfd. 67 Rtl. bez., pro Frühljahr 89 Pfd. pommerischer 66 Rtl. Br. Roggen, gestern nach Eintreffen der Nachricht wegen Zollaufhebung niedriger, heute höher bezahlt, 32 Pfd. per Frühl. gestern 57 Rtl., heute 57¼–58 Br., 58 Br. und Gld., Mai-Juni 59 Gld. und 59½ Br. Gerste, Hafer und Erbsen ohne Handel. Rübsöl stille, pr. März-April 9¼ Gld. und Br., pr. April-Mai 9¼ Br., pr. Sept.-Okt. 10¼ bez. und Gld. Spiritus behauptet, am Landmarkt ohne Faß 14 pSt., bei

Kleinigkeiten bezahlt, loco 13¼ pSt. bez. u. Gld., pr. Frühljahr 13¼ pSt. Gld., Juni-Juli gestern 12¼ pSt. bez., 12¼ pSt. Br. Zink, loco und pr. Frühl. 4¼ Rtl. Br.

Mannigfaltiges.

— Der schweizer Bundesrath hat beschlossen, für das großartige Washington-Denkmal nach den vereinigten Staaten einen Block von dem rothen grobkörnigen Granit des Hahnen-thales bei Interlaken zu schicken, mit der Inschrift: „Die alte freie Schweiz dem Andenken des Generals G. Washington.“

— Aus zuverlässigster Quelle können wir die Mittheilung machen, daß man in Paris schon ernstlich einleitende Vorbereitungen zu einer zweiten Welt-Industrie- und Kunst-Ausstellung trifft, welche dort im Jahre 1854 stattfinden soll, wenn natürlich keine politischen Hemmnisse eintreten. So viel ist gewiß, daß das Unternehmen bald offiziell angekündigt werden soll, und zwar schon so früh, um Industriellen und Künstlern Zeit zu geben, für diese Ausstellung zu schaffen. Man hat in Erfahrung gebracht, daß die londoner Ausstellung nicht früh genug bekannt gemacht worden, wodurch manche Industrielle abgehalten wurden, dieselbe zu besuchen. Viele Spekulan-ten suchen jetzt schon Häuser zu erwerben, um dieselben später zu Hotel garnis umzugestalten. (R. 3.)

— Die Kirche zu St. Denis bei Paris wird ihren, bei dem Wiederherstellungsbau abgetragenen, Glockenthurm wieder erhalten. Noch in diesem Jahre soll mit dem Baue desselben begonnen und auch die Restauration der historisch merkwürdigen Kirche, in deren Crypta bekanntlich Frankreichs Könige ruhen, fortgesetzt werden. Dieser Wiederherstellungsbau begann 1801, als Napoleon sich die Kirche zu seiner Grabstätte wählte, und hat schon fünfzehn Millionen Franken gekostet.

Eisenbahn-Zeitung.

Preussische Ostbahn. Es ist die Absicht des Handelsministers, mit Ausnahme der Brücken über die Weichsel und Nogat und der Strecke von Marienburg bis Dirschau, die Bahn in diesem Jahre noch bis Braunsberg fertig bauen zu lassen. Diese Maßnahme der Beschleunigung ist im öffentlichen, wie im Interesse des Unternehmens gleichmäßig lobend anzuerkennen, auch für den Fall, daß diese Beschleunigung nicht ohne Opfer an größerem Bauaufwand ins Werk zu richten wäre.

Strasburg-baseler Eisenbahn. Das französische Gouvernement, welches sich mit großer Energie den materiellen Interessen zuwendet, als das beste Mittel, die politischen Dementis, die dem Volke gegeben werden, zu erleichtern, hat den Bau der Eisenbahn nach Weissenburg durch erhebliche Zugeständnisse möglich gemacht. Zu dem Baukapital von zwölf Millionen Franken schießt das Gouvernement drei Millionen zu und garantiert noch überdem den Ertrag des Anlagekapitals mit 4 pSt. jährlich.

Schweizer Eisenbahnen. Die Eisenbahnen machen den Schweizern viel Mühe und Noth, theils weil hier die alten Vorurtheile gegen das Eisenbahnwesen noch stark verbreitet sind, mehr indes noch, weil die Bewohner der Höhen und Bergthäler nicht begreifen wollen, weshalb sie ebenfalls zu den Kosten des Baues beitragen sollen. Außerdem möchte aber auch jeder Kanton eine Eisenbahn besitzen und zwar wo möglich diejenige, welche Deutschland mit Italien zu verbinden bestimmt ist. Dadurch entstehen denn die sonderbarsten Projekte, welche mit vollem Ernst auftreten, wie z. B. der Durchbruch der berner Hochalpen vermittelt eines Tunnels. Unter den ausführbaren Plänen treten gegenwärtig zwei mehr und mehr in den Vordergrund; die Bahn von Basel nach Genf und über den Mont-Cenis und die Bahn von Rheineck nach Chur und das Vordererhein-Thal hinauf über den Lukmanier. Die letztere Bahn würde sich bei Friedrichshafen an die Bahn nach Ulm anschließen und nach Vollendung der Verbindungsbahn zwischen der württembergischen und der bayerischen Eisenbahn Berlin und Hamburg in direkte Verbindung mit Mailand setzen. Freilich wird von schweizer Militärs eingewendet, daß sie bei einer Invasion von Oesterreich her leicht in die Hände des Feindes fallen oder zerstört werden könnte; ein anderer Trakt ist aber in der Schweiz nicht möglich, und die Strecke von Rheineck nach Chur wird unter allen Umständen gebaut werden müssen. Für diesen Theil haben sich jetzt auch zwei Engländer, die Herren Rummens und Price, als Unternehmer gemeldet; sie werden gewiß bei allen theilhabenden Kantonen (St. Gallen, Appenzell, Graubünden, Glarus, Tessin) lebhafteste Unterstützung finden, umgeachtet in Bezug auf Eisenbahnbau die Engländer hier nicht volles Vertrauen besitzen. Die Entfernung von Rheineck nach Chur beträgt etwa 18 Poststunden; da der Bodensee 1250 F. und Chur 2018 F. hoch liegt, so würde die Steigerung gegen 800 F., d. h. durchschnittlich 1 auf 300 betragen. Soll weiter gebaut werden, so würde die Bahn bis Disentis (3700 Fuß) etwa 14 Stunden im Vordererhein-Thal bleiben, dann das Nebelserthal hinauf gehen und den 6135 F. hohen Lukmanier-Paß vermittelt mächtiger Tunnels passiren, um auf der Südseite der Alpen sich nach Bellinzona und Como zu wenden, wo der Anschluß an die mailänder Bahn erfolgte. Bemerkenswerth ist, daß das Lukmanier-Projekt bereits sehr alt ist, und es der vor einem Jahre verstorbenen Regierungsrath Dr. Erpf in St. Gallen schon vor zehn Jahren als verhältnißmäßig einträglich empfahl, indem er zugleich die Entsumpfung des Sarganser Landes und die Regulirung des Rheines in Graubünden damit in Verbindung brachte. (N. 3.)

So machen die Engländer für ihre Eisen-Industrie Propaganda vermittelt der Eisenbahnen in Europa und den andern Welttheilen durch die Bibel für ihre Baumwollen- und Wollen-Industrie.

Berichtigung. In der gestrigen Nr. dieser Ztg. S. 706, Sp. 2, Z. 9 v. o. soll es nicht Bantier — Bäcker heißen.

Tabak-Annonce.

Es ist uns die zweite Sendung des ächt holländisch Männchen Tabak, das Pfd. 10 Sgr., desgl. Tabak Doos Nr. 10, — 12 Sgr., geworden und können wir nicht unterlassen die Bemerkung hinzuzufügen, daß nach Aussage unserer Abnehmer beide Sorten von ausgezeichnetster Qualität, leicht und von höchst angenehmem Geruch sind. Bei Abnahme von 100 Pfd. bewilligen wir gegen baare Zahlung einen Rabatt. Breslau, im März 1852.

Ed. Rubigly u. Comp.

Schmiedebrücke Nr. 55, in der Weintraube.

[2113] **Verlobungs-Anzeige.**
Gestern wurde unsere Tochter **Emma** mit Herrn **H. Kränkel**, aus Stübendorf, verlobt. Dies zeigen wir wahrhaft theilnehmenden Verwandten und Freunden hiermit an.
Breslau, den 3. März 1852.
H. Steinik und Frau.
Emma Steinik, H. Kränkel,
empfehlen sich als Verlobte.

Verbindungs-Anzeige.
Unsere am 2. d. Mts. zu Wohlau stattgefundene eheliche Verbindung zeigen wir hierdurch, hat jeder besonderen Meldung ergebenst an.
Breslau, den 4. März 1852.
Albert Altwasser. [2120]
Auguste Altwasser, geb. Schüke.

Theater-Repertoire.
Freitag, den 5. März. 55te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen.
Zum vierten Male: **„Lebende Bilder mit lebenden Randzeichnungen.“** Die Arrangements der Randzeichnungen als lebende Bilder sind von Hrn. Görner erfunden und zum ersten Male nach dessen Idee auf einer Bühne dargestellt. Hierzu, zum vierten Male: **„Camöens.“** Dramatisches Gedicht in einem Aufzuge von Friedr. Palm. Hierfür zum vierten Male: **„Ein Bräutigam, der seine Braut verheirathet.“** Lustspiel in 1 Akt von Theodor Wehl. Dann zum vierten Male: **„Ein Berliner im Schwarzwalde oder 's Porle.“** Schwank mit Gesang in 1 Akt von J. Ch. Wages. Nach dem ersten Stücke. Erstes lebendes Bild mit lebenden Randzeichnungen: **„Der Glockenguss zu Breslau.“** Nach Wilhelm Müllers Gedicht gezeichnet von Sonderland. Das Gedicht wird vorgetragen von Frau Ahrens. Nach dem zweiten Stücke: Zweites lebendes Bild mit lebenden Randzeichnungen: **„Die Theilung der Erde.“** Nach Schillers Gedicht gezeichnet von Sonderland. Das Gedicht wird vorgetragen von Frau Ahrens. Nach dem dritten Stücke: Drittes lebendes Bild mit lebenden Randzeichnungen: **„Der Blumen Rache.“** Nach Freiligraths Gedicht gezeichnet von Sonderland. Das Gedicht wird vorgetragen von Frä. Schwell. — Die neuen Rahmen-Decorationen zu den Bildern sind von Herrn Schreiter gemalt. Die Bilder werden mit dem zu dieser Vorstellung auf der Bühne neu eingerichteten Gasapparat beleuchtet.
Sonabend, den 6. März. 56te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen.
„Der Freischie.“ Große romantische Oper mit Tanz in 5 Aufzügen. Musik von Weber. Text v. Babnigg. (Legte Vorstellung dieser Oper mit Fräulein Babnigg vor deren Abgange von hiesiger Bühne.)

Verein. Δ 8. III. 6. J. Δ 1.
[208] **Bekanntmachung.**
Der Holzplatz Nr. 1a nebst dem Lokal Nr. 2 in dem Holzfabrikbäuschen am Weidenbamm vor dem Ohlauer Thor soll vom 1. Juli d. J. ab auf 3 Jahr anderweitig meistbietend verpachtet werden. Wir haben dazu einen Termin auf den **31. März d. J.**, Nachmittag 5 Uhr, auf unserem rathshauslichen Festsaal anberaumt. Die Bedingungen liegen in unserer Rathshauskassette zur Einsicht aus.
Breslau, den 23. Februar 1852.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.
Liebichs Lokal.
Freitag, den 5. März:
22. Abonnements-Konzert von der Kapelle des 19. Regiments.
Anfang 4 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
Nicht-Abonnenten Entree pro Person 2½ Sgr.
[2103] **Das Musikchor.**

Weiß-Garten.
Heute, Freitag den 5. März:
24. und letztes Abonnements-Konzert der Springerschen Kapelle.
Zur Aufführung kommt unter Anderem:
Sinfonie (F moll) von L. Maurer; Ouvertüre zu Olympia, von Spontini; Ouvertüre Aithalia, von Mendelssohn.
Anfang 5 Uhr. Ende 9 Uhr.
Entree für Nicht-Abonnenten, für Herren 5 Sgr., [2104] Damen 2½ Sgr.

3000 Rthl.
Ein ganz gute Hypothek à 5 pCt. sucht der Eigentümer eines großen Grundstücks mitten in der Stadt, der als pünktlicher Mann und prompter Zahlungsfähiger bekannt ist. Gütige persönliche oder schriftliche Mittheilungen nimmt er täglich zwischen 11 und 12 Vorm. entgegen **Schmiedebriicke Nr. 48** par terre.
[2100] Büttnerstr. Nr. 3 ist zu Oßern die 2. Etage zu vermieten.

[210] **Bekanntmachung.**
Da der Kaufmann **E. L. Kuh** und **Baron v. Lüttwig** die am 25. v. Mts. auf sie gefallene Wahl zum Wahlmann nicht angenommen haben, werden in Gemäßheit des § 15 der Verordnung vom 31. Mai 1849 in nachbenannten Wahlabtheilungen
Montag den 8. März d. J., Nachmittag 4 Uhr,
Nachwahlen abgehalten werden, zu welchen die in den **Wählerlisten vom 16. Juli 1849** verzeichneten Urwähler der nachbenannten Abtheilungen hierdurch eingeladen werden.

Es hat nämlich zu wählen:
Der Wahlbezirk 49, Abtheilung II.,
umfassend die Häuser vom Vier-Löwen-Bezirk:
Schubbrücke von Nr. 53 bis 57 incl., Kupferschmiedestraße von Nr. 14 bis 17 incl., Schmiedebriicke von Nr. 17 bis 23 incl., Messergasse von Nr. 34 bis 36 incl.,
einen Wahlmann.

Wahl-Lokal: Elisabeth-Gymnasium.
Wahl-Kommissarius: Stadtrath Hayn.
Stellvertreter: Kaufmann Müller.
Der Wahlbezirk 68, Abtheilung I.,
umfassend die Häuser vom Bernharden-Bezirk:
Ziegelgasse von Nr. 1 bis 3 incl., Holzhoferpediton am Ziegelthore, Breitestraße von Nr. 9 bis 28 incl., Seminargasse Nr. 1 bis 3 incl. und 12 bis 15 incl., Kirchgasse von Nr. 1 bis 6 incl.,
einen Wahlmann.

Wahl-Lokal: höhere Bürgerschule zum heiligen Geist.
Wahl-Kommissarius: Stadt-Gerichts-Rath Fuß.
Stellvertreter: Bäckermeister Hippe.
Breslau, den 5. März 1852.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Antwort auf den in Nr. 57 der Schlesischen Zeitung inserirten Aufsatz, die fürstl. Lichnowsky'schen Schaafheerden betreffend.

Noch nie verfehlte wohl Lobhudelei so sehr ihr Ziel, als dieses mit dem Aufsatze eines Herrn R — der Fall ist, dem es gefiel, Herrn Wirthschafts-Rath Neumayer bezüglich seiner „zauberhaften Züchtung und brillanten Schaaf-Verkäufe“ so überschwengliches Lob zu ertheilen. — Weit entfernt, die Kenntnisse meines Herrn Nachfolgers im geringsten bezweifeln oder gar ihn um die Trophäen solcher Lobes-Psalmen beneiden zu wollen, so können jene hochtrabenden Phrasen, wenn anders Werth auf sie zu legen wäre, nicht auf Herrn W.-R. Neumayer, sondern nur allein, — also ganz gegen die Absicht des Sponsors — auf mich bezogen werden, indem alle Schaaf, ohne Ausnahme, welche Herr W.-R. Neumayer bis heute verkaufte, von meiner Züchtung stammen, und erst 1853 Schaaf von Neumayer'scher Züchtung zum Verkauf kommen können. — Herr R nämlich, wenig vertraut mit der Geschichte der Lichnowsky'schen Heerden und offenbar kein praktischer Schaafzüchter, hat nicht gewußt, oder vergessen, daß Herr W.-R. Neumayer erst vor zwei und einem Vierteljahr im Stande war, seine erste Zuthellung zu machen, und daß (weil ein Mutter-schaf nach fünf Monaten erst ein Lamm bringt) seine ältesten Produkte nur 1½ bis 1¾ Jahr alt, somit, als Zweijähriger noch keine verkäufliche Waare sein können. — Daß meine Züchtung keine verfehlte war, dafür sprechen klarer als alle floskelreichen Sermonen, die von mir gemachten Einnahmen, welche in den letzten zehn Jahren meines Wirkens jährlich im Durchschnitte (Wolle und Brackvieh ungerechnet), 30,000 Thaler weit überstiegen. — Hierüber befindet sich ein äußerst spezielles, von Sr. Durchlaucht dem Hrn. Fürsten von Lichnowsky eigenhändig bestätigtes, unterschriebenes und besiegeltes Dokument zu Jedermanns Einsicht in meinen Händen. — Anlangend die Verkäufe nach Australien, welche nie eine Glorie auf die dorthin verkaufende Heerde zu werfen vermögen, so sind diese auch gar nichts Neues, indem auch ich Verkäufe dahin gemacht, ja selbst schon vor 28 Jahren 400 Mutter-schaf und die dazu nöthigen Böcke aus den fürstlichen Heerden eben dahin abgegangen sind. — Daß endlich meine Züchtung der Tadel von Wollarmuth, -Kahlfüßigkeit und Kahlbäuchigkeit nicht trifft, dafür werden zweifelsohne sämtliche Koriphäen der Schaafzucht **Schlesiens**, nicht etwa Australiens, einstehen, und für mich bürgen, von denen ich, um nicht zu weitläufig zu werden, nur Einige von den Vielen aufzuführen mir erlaube, welche seltene Preise für einen einzelnen Bock bezahlten, als: 900—1000 Thaler, wie z. B. Graf Hochberg (Fürst von Pleß), Graf Burghaus, Graf Henckel auf Grambschütz, Baron Strbenschky auf Schönhof, v. Stegmann auf Stachau, v. Goldfuß auf Niklasdorf, Dominium Oderberg; oder zu 1100 Thaler, als: Graf York, v. Pförtner auf Lampersdorf, v. Prittwitz auf Casimir; oder zu 1200 Thaler, als: Graf Stosch auf Sadewitz, Amtsrath Heller zu Chrzeliß, Lübbert auf Zweibrod; oder zu 1600 Thaler, als: Graf Harrach auf Krollwitz; oder zu 1700 Thaler, als: Bar. Jedliß auf Pischkowitz; oder zu 2500 Thaler, als: v. Heydebrandt auf Nassadel. — Hiernach glaube ich alle weiteren Worte sparen zu können, und dieses um so mehr, als ich noch Ende dieses Jahres den Bockverkauf aus meiner eigenen, neu kreirten Vollblutheerde zu annonciiren gedenke, wo sich das richtende Publikum und vor Allem Herr R handgreiflich wieder überzeugen kann, daß Dünnwolligkeit, nackte Beine und kahle Bäuche, bei meiner Züchtungsweise — unbekannte Größen sind.
Langenöls am Zobten, den 29. Februar 1852.

[1201] **v. Dedovic**, fürstlich Lichnowsky'scher Hofrath.

[1207] Durch den letzten Brand auf dem Burgfelde haben gegen 40 Familien den größten Verlust erlitten; mehrere ihre ganze Habe verloren. Baldige Hilfe thut dringend Noth. Die Unterzeichneten erlauben sich daher den nie ermüdenden Wohlthätigkeitssinn um Gaben jeglicher Art für die Unglücklichen zu bitten, welche der mitunterzeichneten zc. Röhner (städtische Bank in der Börse) in Empfang nehmen und für deren gewissenhafte Vertheilung wir sorgen und Rechnung legen werden.
Breslau, den 4. März 1852.

Becker, Stadtrath. **Nahner**, Bank-Kassirer.

[2117] **Fest-Ball im Wintergarten.**
Sonabend den **13. März**. Die Arrangements neu und überraschend. Da dieses Mal keine Subscriptions-Listen zirkuliren und in den Musikhandlungen keine Billets ausgegeben werden, so hat Herr Kaufmann **E. Nickel**, Albrechtsstraße Nr. 7, die Billets, Listen zur Zeichnung für die respekt. Theilnehmer bereit zu halten.
M. Wiedermann.

[2103] **Winter-Verein.**
Sonntag den 7ten: Gesellschaft (Concert).
Die Direktion.

[2114] **Pensions-Offerte.**
Auswärtigen Eltern, deren Söhne zu Oßern hiesige Schulen besuchen sollen, weisen einen empfehlenswerthen und billigen Pensionat nach Hr. Kaufm. Rubizky, Elisabethstraße und Hr. Lehrer Peuckert, Ohlauer Straße 70.

[2119] **Amnen** sind immer zu erhalten durch **Jüngling**, Ohlauer Straße 38.

Eine Putzmacherin,
welche Damenputz jeder Art vollkommen zu fertigen, und einem Putzgeschäft vorzustehen versteht, wird als Directrice nach auswärtig zu engagiren gesucht. Offerten werden Reuststraße im Hause des Kaufmanns Herrn Schiff, drei Treppen hoch, bis Sonnabend den 6. d. Mts. entgegengenommen.
[1196]

[2110] Eine kurze goldene Uhrkette, daran zwei kleine Peitsche und eine goldene Ankeruhr ist am 3. März Abends auf dem Wege von der neuen Taschenstraße nach Liebig's Lokal verloren gegangen. Der Wiederbringer erhält bei Herrn Goldarbeiter Günther (am Rathhause Nr. 11) eine Belohnung von 5 Thlr., zugleich wird vor Ankauf gewarnt.

[1199] **4 Wirthschafts-Cleven**
werden zum 1. April d. J. mit Genehmigung des Bestzers, Herrn Friedrich v. Falkenhausen, auf den Gütern Wallisfurth bei Glas und Bielau bei Neisse, auf jedem Orte zwei angenommen. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen:
Beninde, Rentmeister in Wallisfurth.

[2107] Ein junger vermöglicher Kaufmann hier, bereits mehrere Jahre im Besitze eines rentablen Geschäftes, sucht eine Lebensgefährtin mit solidem Vermögen. Von hierauf respektirenden Eltern und Damen werden Offerten bei strengster Diskretion, unter der Adresse D. e. Z. post restante Breslau angenommen.

5 Thlr. Belohnung
Demjenigen, welcher einen, gestern Abend im Rühner'schen Saale verloren gegangenen goldenen Ring mit Brillanten, im weißen Adler bei Herrn Sieber abgibt. Vor Ankauf wird gewarnt!
[2106]
Breslau, den 4. März 1852.

[848] **Ankauf von Ritter- und Landgütern.** Durch das unterzeichnete Comtoir werden von Seiten mehrerer solider und zahlfähiger Männer Güter-Ankäufe beabsichtigt und desfallsige Unterhandlungen baldigst gewünscht, weshalb die zum Verkauf gesonnenen Herren Besitzer sowohl größerer, wie mittlerer und kleinerer Güter ersucht sind, ihre ges. Offerten — mit Angabe der Größe und Beschaffenheit der Güter, sowie des Viehstandes, der Forderung und Anzahlung versehen — baldigst franco einzusenden.
Das Comtoir von
Clemens Warnecke in Braunschweig.

[2111] **Frei- und Mittergüter** von 400 Morgen in angenehmer Gegend Schlesiens mit bester Baulichkeit bis Laufende von Morgen weist zum Ankauf nach: **L. Hahn** in Ohlau.

[2112] **Hopfen.**
Eine Partie von circa 8 Ctr., einige Jahr alter Hopfen, gut geerntet und gehalten, steht in Büchen verpackt zum Verkauf, im Hause des Kupferschmied Pohl zu Münsterberg.

Cotillon-Orden
Schleifen, Blumen, so wie Kleinigkeiten aller Art in größter Auswahl wieder neu von Paris und Berlin empfangen, empfiehlt zu billigen Preisen en gros und en détail:
1064] **E. F. Rodjorski**, Kupferschmiedestraße 17.

Frisches Schwarzwild,
vom Rücken und Keule, das Pfund 6 Sgr., empfiehlt: **Wildhändl. Adler**, alter Fischmarkt 2.

[1166] **Apfelwildlinge**
werden zu kaufen gesucht. Näheres Albrechtsstraße Nr. 8, in der Samenhandlung.

Sodawasser, Selterbrunnen, Püllnaer, Saischücker, Friedrichs-haller und Kohlensäures Bitterwasser,
sowie alle übrigen Mineralwasser aus der Fabrik von Dr. Struve u. Solzmann, offerirt in Glasflaschen zu Fabrikpreisen:
[1204] **E. G. Schwark**, Ohlauerstr. 21.

[2118] Neue Kirchstraße 10a ist eine Wohnung für 45 Thlr. zu vermieten. Teu 6, im 4. Stod.

